

Widerstand und Verfolgung deutscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im 20. Jahrhundert¹

Politischer Widerstand und kritisches Denken wurden im vergangenen Jahrhundert von beiden Diktaturen auf deutschem Boden als besonders gefährlich eingestuft und energisch verfolgt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bildeten die größte, sowohl von der nationalsozialistischen als auch von der stalinistischen Diktatur verfolgte, politische Gruppe. Ihr Zusammenhalt und ihre Aktivitäten waren gewachsen aus einer eigenen, an die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gebundenen Identität. Wurden SPD-Mitglieder aktiv, so richteten sich ihre Handlungen gegen Regierungen, die demokratische Prozesse ablehnten und abschnitten. Zwar konnte der politische Widerstand die Diktaturen nicht in Frage stellen, er trug jedoch zu einer Immunisierung eines großen Teils der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen die sozialpolitischen Versprechungen der nationalsozialistischen Regierung bei. Durch den Widerstand wurde das Potential demokratischer Überzeugungen gefördert, das dem Neuaufbau der Nachkriegsdemokratie zugute kam. Ähnliches kann auch für das Verhalten von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR gesagt werden, obwohl hier die Ausgangslage nach dem Krieg und manche, auch durch Kommunisten gestützten, sozialen Hoffnungen unklarer waren. Wieder standen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und sozialen Grundrechten – bis hin zum Aufstand am 17. Juni 1953. Eine Gesamtbetrachtung der Widerstandsgeschichte der SPD unter dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus steht allerdings noch aus: Die Geschichte der Verfolgung der SPD von 1933 bis in die Nachkriegszeit unterstreicht die Kontinuität des Kampfes einzelner und Gruppen gegen Diktatur und Unfreiheit. Der folgende Überblick versucht, Widerstand und Verfolgung unter beiden deutschen Diktaturen zu betrachten.²

I. Die zeithistorische Forschung

Nach einer frühen Phase der juristischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den 1940er und 1950er Jahren, in deren Rahmen auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständlich als Zeugen auftraten³, lag in der Bundesrepublik Deutschland der Schwerpunkt der Veröffentlichungen bis in die 1970er Jahre auf der Rekonstruktion historischer Abläufe: Die Erinnerung und

die Erforschung des Widerstandes konzentrierte sich auf die militärischen Aktionen, den Kreisauer Kreis und auf die „Weiße Rose“. Dagegen bearbeiteten nur einige wenige Lokalstudien die Aktivitäten von Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus, klammerten jedoch die Verfolgungsschicksale weitgehend aus.⁴ Erst ein Perspektivenwechsel in der Widerstandsforschung, die nunmehr auch Alltag, Milieu und Kultur einbezog, führte zu weiteren Lokalstudien zur SPD im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.⁵ Michael Schneider widmet sich in seinem Werk über „Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939“ erstmals ausdrücklich der vergleichenden Betrachtung von kommunistischem und sozialdemokratischem Widerstand und verweist auf die begrenzten Wirkungsmöglichkeiten in der Illegalität.⁶ Die Ergebnisse der Regionalforschung bezieht er am Rande mit ein. Er stellt im sozialdemokratischen Milieu wie im kommunistischen und im katholischen Arbeitermilieu eine „relative Resistenz“ gegen den Nationalsozialismus fest, zu welcher der politische Widerstand wichtige Impulse lieferte.⁷

In der DDR konzentrierte sich die historische Forschung auf den kommunistischen Widerstand.⁸ Das Exil der SPD war bereits in den frühen Jahren der Bundesrepublik Gegenstand historischer Forschung.⁹ Die zentrale Grundlage für die Arbeit am Gedenkbuch für verfolgte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bildeten das von Wilhelm-Heinz Schröder herausgegebene Handbuch sozialdemokratischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter sowie die von Martin Schumacher herausgegebenen Handbücher der Reichstags- und Landtagsabgeordneten aller Parteien.¹⁰ Vergleichbare Handbücher, bezogen auf die Landtage der SBZ und die SPD-Funktionäre in der SBZ 1945/46, wären ein wichtiges Hilfsmittel für die zeithistorische Forschung. Symptomatisch erscheint für den Stand der Forschung über die SPD unter der kommunistischen Diktatur, daß auf einer Tagung, die sich 1997 mit den Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsspielräumen im Widerstand und in der Opposition in der DDR befaßte, Sozialdemokraten lediglich im Hinblick auf die Tätigkeit des Ostbüros bzw. als am Widerstand gegen das Regime beteiligte Jenaer Studenten in den Blick genommen wurden.¹¹ Dagegen wurde der Prozeß der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 von Beatrix Bouvier und Andreas Malycha gründlich aufgearbeitet und die Ausschaltung der Sozialdemokraten in der DDR bis 1953 dargestellt. In seiner 2000 erschienenen Studie untermauert Malycha seine These, daß die Transformation der SED zur „Partei neuen Typs“ und damit die Ausschaltung jeder Kritik, die Zurückdrängung von ehemaligen SPD-Mitgliedern und die Verfolgung oppositioneller Funktionäre bereits direkt nach der Zwangsvereinigung einsetzte. Den Wandel des Forschungsinteresses spiegelt etwa der Vergleich mit der Publikation von Beatrix Bouvier und Horst-Peter Schulz wider, die auf Interviews aus den 1970er Jahren basierte: Darin wurden lediglich die Fakten des Prozesses der Zwangsver-

einigung thematisiert, nicht jedoch der Weg der Verfolgung.¹² Die zeithistorische Forschung arbeitete nicht nur einzelne Biografien von Sozialdemokraten auf¹³, sondern beschäftigte sich auch mit den schlechten hygienischen Verhältnissen in DDR-Haft und den daraus resultierenden Folgen für die Menschen nach der Freilassung¹⁴.

II. Gesinnungsgemeinschaften – Widerstandsgruppen – Verfolgung und Tod

Die Ausgangsbedingungen für politisches Handeln von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter dem Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR stellten sich grundverschieden dar. Ab 1933 waren sie in die Illegalität verwiesen, da die Partei verboten war. Selbst die Flucht ins Ausland war mit großen Gefahren und nicht zuletzt auch mit der Aufgabe des politischen und kulturellen Umfelds verbunden; somit war für viele einfache Mitglieder der Weg ins Exil unmöglich oder doch kaum möglich. Zunächst als legal verstanden sich Gesinnungsgemeinschaften nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946, denn die meisten Sozialdemokraten gingen davon aus, daß sie in der Lage wären, ihre Grundüberzeugungen in die SED einzubringen und so den weiteren politischen Weg mitzubestimmen. Im Falle drohender Verhaftung oder der Erkenntnis von der Unmöglichkeit weiterer Mitarbeit in der SED stand ihnen bis 1961 die Flucht in die Westzonen bzw. in die Bundesrepublik offen. Im Ostteil Berlins blieb die SPD bis 1961 – trotz aller Behinderungen – eine legale Partei. Beide Diktaturen empfanden die Überzeugung von Sozialdemokraten als Bedrohung. In der daraus resultierenden Verfolgung gab es neben allen Unterschieden, die noch aufzuzeigen sind, verwandte Themen, die aus der Perspektive der Nachgeborenen von Interesse sind. Auf einige sei im folgenden besonders verwiesen: die doppelte Verfolgung, der Anteil von Frauen, der Tod in der Haft und der Freitod aus politischen Motiven.

Widerstandsgruppen und illegale Zirkel im Nationalsozialismus sowie sozialdemokratische Diskussionsgruppen in der SED nach 1946 waren auf die Unterstützung von Familie und privatem Umfeld angewiesen. Diejenigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ab 1946 Diskussionsgruppen in der SED bildeten (wie der „Volkshaus-Kreis“ in Leipzig um Erich Schilling, der bis 1945 Häftling im Konzentrationslager Buchenwald gewesen war), konnten aus eigenen, unter dem Nationalsozialismus gesammelten Erfahrungen die Probleme der Illegalität. Ihr Gruppenzusammenhang wurde jedoch erst im Verlauf ihrer Verfolgung aus der Perspektive der kommunistischen Denunzianten und der sowjetischen Besatzungsbehörden bzw. vor allem in der Propaganda der

SED illegal. Das hebt das Beispiel der Kampagne im Zusammenhang mit der Verhaftung des Rathenower Oberbürgermeisters Paul Szillat hervor. Sozialdemokraten hofften – selbst nach der Berlin-Krise und der Währungsreform 1948 bis in die Mitte der 1950er Jahre – vielfach auf die Wiedervereinigung mit den westlichen Zonen und die damit verbundene Wiedezulassung der SPD, auf die sie vorbereitet sein wollten.

Frauen waren im Nationalsozialismus zur Versorgung und psychischen Betreuung der Illegalen von nicht zu unterschätzendem Wert. Sie wußten um die Situation und beteiligten sich in beiden Verfolgungsperioden als Kurierinnen, so z.B. Charlotte Broh aus Frankfurt/Oder, mit ihrem Ehemann bereits vor 1945 verfolgt, die ab 1948 Kontakte zum SPD-Ostbüro in Berlin hielt.¹⁵ Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, waren Frauen in Leitungsfunktionen des organisierten Widerstandes gegen den Nationalsozialismus unterrepräsentiert; in den Gewerkschaften kamen sie im aktiven Widerstand fast gar nicht vor.¹⁶ Nur in den linkssozialistischen Gruppen wie dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) und der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) hatten sie eine größere Bedeutung.¹⁷ Die Ehefrauen der Verschwörer des 20. Juli 1944 blieben teilweise bewußt im Hintergrund des Geschehens.¹⁸ Diese Frauen auf die Rolle der „Frau an seiner Seite“ zu reduzieren und sie damit zu entpolitisieren, würde ihrem Beitrag zum Widerstand nicht gerecht werden. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler saßen sie in Sippenhaft; nicht jede Frau hatte die Kraft, mit der Verfolgung und der Vollstreckung des Todesurteils gegen ihren Mann zu leben, wie das Beispiel von Eva Maaß zeigt, die nur kurze Zeit nach der Hinrichtung ihres Mannes starb.¹⁹ Frauen standen dort „ihren Mann“, wo sie gebraucht wurden und ihre Fähigkeiten entsprechend flexibel einsetzen konnten. Auf Grundlage der Akten²⁰, die allerdings im Rahmen der Recherchen für das Gedenkbuch für verfolgte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nur unsystematisch hinsichtlich der Frage nach dem Anteil der Geschlechter ausgewertet wurden, läßt sich die Arbeitshypothese aufstellen, daß der Frauenanteil im Widerstand in der SBZ und in der DDR bis 1961 mit 5 bis 10 Prozent kaum geringer war als von 1933 bis 1945.²¹

Die Schicksale von Karl Heinrich und Julius Scherff aus Berlin stehen für die doppelte Verfolgung: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden vor und nach 1945 ihrer Freiheit beraubt und starben nach 1945. Hermann Möhring aus Sachsen-Anhalt, im Nationalsozialismus neun Monate in Haft, litt von 1952 bis 1964 im GULAG und in DDR-Haft. Töchter und Söhne von Opfern des Nationalsozialismus wurden in der SBZ oder DDR ebenfalls politisch verfolgt, wie der Eisenbahnbetriebsrat Paul Hoppe aus Magdeburg, dessen Mutter unter dem Nationalsozialismus als Sozialdemokratin inhaftiert gewesen war, und der Sohn des 1943 im Konzentrationslager Sachsenhausen verstorbenen Fritz Schüler aus Hamburg, der jahrelang im sowjetischen Workuta unter Tage Zwangsarbeit lei-

sten mußte.²² Gerhard Weck aus Werdau war 1934 nach der Emigration seines Vaters und dem Freitod seiner inhaftierten Mutter als „Sippenhäftling“ in das Konzentrationslager Buchenwald gekommen; als Oberbürgermeister von Werdau abgesetzt, war er in der SBZ erneut Opfer politischer Verfolgung. Ausführlich sei auch auf die Halberstädter Familie Bollmann verwiesen: Minna Bollmann, sozialdemokratische Abgeordnete im Preußischen Landtag bis 1933, unterstützte ihren Sohn Otto nach der Machtübernahme Hitlers bei der Weiterführung der Gaststätte, die ein SPD-Traditionslokal gewesen war und nun als illegaler Treffpunkt diente. Nach der Beerdigung von Minna Bollmann, die im Dezember 1935 aus politischen Gründen den Freitod gewählt hatte, verhaftete die Gestapo eine große Anzahl Sozialdemokraten, unter ihnen auch Otto Bollmann. Er wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt und kam anschließend in das Konzentrationslager Sachsenhausen, aus dem er erst im Januar 1943 wieder entlassen wurde. Nach Kriegsende wurde Otto Bollmann Stadtrat in Halberstadt. Nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD ab dem 8. April 1946 für 15 Monate in NKWD-Haft, war er danach weiterhin politisch aktiv. Zwei Tage nach seiner erneuten Verhaftung unter dem Vorwurf der Sabotage am 7. März 1951 nahm er sich im Gefängnis das Leben.²³

Auf Grund der Forschungslage kann die Gesamtzahl der Opfer verfolgter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht eindeutig benannt werden. Darum ist bezüglich des Anteils der Todesopfer auf Indizien zu verweisen. Diese beziehen sich auf Lokalstudien und die Betrachtung von Einzelschicksalen, die für den Nationalsozialismus bereits ausführlicher recherchiert und teilweise in den genannten Handbüchern dokumentiert sind. Listen von Gefangenen in Lagern und Haftanstalten beider Verfolgungszeiten dokumentieren nicht immer eindeutig die Parteizugehörigkeit. Die Listen politischer Gefangener in der DDR und in der Sowjetunion, die vor allem auf Betreiben der Berliner SPD ab 1946 vor allem im „Telegraf“ regelmäßig publiziert wurden, um Druck für die Freilassung auszuüben, enthalten vielfach nicht nur Namen von SPD-Mitgliedern, so daß auch hier keine genauen Zahlen verifiziert werden können.²⁴ Von den im Gedenkbuch dokumentierten verfolgten Sozialdemokraten des Nationalsozialismus kam jeder zweite ums Leben, das entspricht jedoch nicht ihrem Anteil insgesamt. Über den Anteil der unter der stalinistischen Verfolgung umgekommenen Sozialdemokraten kann auf Grund der schwierigen Quellenlage noch keine Aussage gemacht werden. Unter beiden Diktaturen finden wir eine größere Anzahl von Selbsttötungen, die von Zeitzeugen als politisch begründet überliefert sind: so der Dortmunder Stadtverordnete Max Frank, so der Landtagsabgeordnete Georg Kaul aus Offenbach und die Reichstagsabgeordnete Toni Pfülf aus München²⁵. Manchmal schien der Freitod der einzige Ausweg, um weiterer Gefangenschaft und Erpressung von Aussagen entgehen zu können,

wie in den Fällen des Reichstagsabgeordneten Otto Geiselhart aus Günzburg, des Halberstädter Stadtrates Otto Bollmann und von August Hussendorfer aus Frankfurt am Main. Die Probleme, nach dem Berufsverbot den Alltag zu bewältigen, Hausdurchsuchungen und Gestapo- bzw. SMAD- und Stasi-Vorladungen zu befürchten und zu erdulden, führten zur Entscheidung für den Freitod als Ausweg, so bei der preußischen Landtagsabgeordneten Gertrud Hanna, der einzigen Frau im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Die Verfolgungsorgane gaben auch manchmal einen Freitod an, um eine Gewalttat zu verschleiern: so geschehen im Falle des Mordes durch vier SA-Mitglieder an dem Fraktionsvorsitzenden im badischen Landtag und Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum im Konzentrationslager Kislau.²⁶

Vom nationalsozialistischen Volksgerichtshof wurden gegen Wilhelm Leuschner, Julius Leber und Hermann Maaß – um nur einige zu nennen²⁷ – ebenso Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt wie nach 1945 von Sowjetischen Militärtribunalen (man beabsichtigte 1945, gegen Karl Heinrich ein Todesurteil zu verhängen; sein Tod im Haftkrankenhaus Hohenschönhausen trat jedoch vor dem Termin des Tribunals ein) oder (im Falle von Wolfgang Junker aus Leipzig) von einem Ferntribunal²⁸. Unter den unterschiedlichen, unvorstellbar schlechten Haftbedingungen in Konzentrationslagern, Zuchthäusern, Gefängnissen und sowjetischen Speziallagern starben vor allem ältere und gesundheitlich angeschlagene Inhaftierte.²⁹

Die Ausbeutung der Arbeitskraft der in Konzentrationslagern Inhaftierten forderte wegen mangelnder Ernährung, schlechter hygienischer Bedingungen und mangelnder Krankenversorgung unzählige Opfer, von denen hier einige stellvertretend mit ihren Todesorten genannt werden: In Ravensbrück starben die Berliner Abgeordnete des Preußischen Landtages Annemarie Oestreicher und die Reichstagsabgeordnete Johanna Tesch aus Frankfurt am Main, in Dachau der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Georg Bernhard, in Sachsenhausen der Reichsbanner-Angehörige Wilhelm Bluhm³⁰, der wegen Widerstandsaktionen in der hannoverschen „Sozialistischen Front“ verurteilt worden war, und in Bergen-Belsen der Landtagsabgeordnete Hermann Albertz. Mißhandlungen und Morde in Einzelverantwortung von SS-Aufsehern, manchmal hinterrücks begangen, kosteten den Fraktionsvorsitzenden im Preußischen Landtag Ernst Heilmann in Buchenwald³¹ und den Gewerkschafter Lothar Erdmann in Sachsenhausen das Leben. Noch in den ersten Wochen nach der Befreiung 1945 starben nicht wenige Häftlinge in den Krankenstationen, die in den befreiten Konzentrationslagern eingerichtet wurden, so auch die Reichstagsabgeordneten Anton Bias und Friedrich Puchta sowie der Hessische Landtagspräsident Heinrich Delp in Dachau. Gesundheitliche Schäden und psychische Beeinträchtigungen als Folgen der teils langjährigen Haft begleiteten den weiteren Weg der Überlebenden, zwangen manche – wie Rosa Helfers³², die vor

1933 die erste Frau war, der die Leitung eines Gefängnisses anvertraut wurde – zum Rückzug ins Privatleben oder führten – wie bei Kurt Schumacher, dem ersten SPD-Vorsitzenden nach 1945 – zum Tode mitten im aktiven politischen Leben.

III. Verfolgung im Nationalsozialismus

Politischer Widerstand oder auch nur das Nichtbefolgen nationalsozialistischer Gesetze und Verordnungen aus politischen Motiven offenbart einen Konflikt zwischen dem Regime und einer Minderheit der Bevölkerung. Diese politisch aufgeklärte Minderheit war gegen die Propagandafeldzüge der Machthaber weitgehend immun. Die Erfolgsaussichten der politischen Gegner waren von vornherein begrenzt, da ihre Aktivitäten auf die Illegalität verwiesen waren. Politischen Widerstand im Nationalsozialismus bezeichnet Michael Schneider als einen „ohnmächtigen“ Widerstand.

In besonderer Weise gefährdet waren in den ersten Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht nur Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jüdischer Herkunft, sondern auch diejenigen, die im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ seit 1924 aktiv gegen nationalistische Gegner der Republik aufgetreten waren, sowie die lokal und regional bekannten Führer der „Eisernen Front“, die verstärkt 1932 auf Großveranstaltungen gegen die Gefahr einer nationalsozialistischen Machtergreifung aufgerufen hatten. Die NSDAP versuchte z.B. den sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Paul Gerlach aus Düsseldorf, nach einer Rede in einer Massenversammlung der „Eisernen Front“ in den Kölner Messehallen am 21. Februar 1932 wegen „Hochverrats“ anzuzeigen. Am 21. Mai 1933 wurde er aus seinem Amt entlassen und kam erstmals in ein Konzentrationslager. Nach langen Jahren der Haft in verschiedenen Lagern starb er 1944 im Konzentrationslager Sachsenhausen.

Im Frühjahr 1933 unterschätzte die Mehrheit der SPD-Mitglieder die Gefahren des Nationalsozialismus. Wenn Zeitzeuginnen und Zeitzeugen die Ausgangspunkte ihrer Überlegungen 1933 beschreiben, verweisen sie auf die Berichte aus der Zeit des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 bis 1890. Die Organisationen und Vereine, Versammlungen und Presseerzeugnisse waren verboten, nicht jedoch die Beteiligung an Wahlen und an der Parlamentsarbeit.³³ Heinrich Potthoff schätzt, daß damals zwischen 800 und 900 „Verdächtige“ mit etwa 1.500 Familienangehörigen aus ihren Wohnorten, vor allem aus Großstädten wie Berlin, verbannt wurden. Jedoch bezahlte kein Sozialdemokrat seinen Einsatz für die SPD mit dem Leben.³⁴

Aus diesen historischen und teilweise historisch stilisierten Erfahrungen heraus machten sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 1933 Illusionen über die Möglichkeit von legalen Aktionen der SPD und gingen ganz selbstverständlich davon aus, daß das System nicht von Dauer sei.³⁵ Der Parteivorstand beschwor das Festhalten an der Legalität, um den Nationalsozialisten keinen Vorwand für ein Parteiverbot zu bieten.³⁶ Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erhielt die SPD mit 7,181 Mio. Stimmen lediglich 66.400 weniger als im November 1932. Dennoch gingen in den ersten Märztagen des Jahres 1933 bereits erste Mandatsträger ins Exil.

Als am 23. März 1933 der Parteivorsitzende Otto Wels³⁷ gegen das „Ermächtigungsgesetz“ vor dem Reichstag das Wort ergriff, lag Wilhelm Sollmann bereits schwer mißhandelt im Krankenhaus; Julius Leber und Carl Severing waren auf dem Weg zur Sitzung verhaftet worden. Otto Wels bekannte sich zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, der Menschlichkeit, der Freiheit und des Sozialismus: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“³⁸ Nur wenige Wochen später entschied sich der Parteivorstand der SPD zur Emigration nach Prag, um von dort aus den Kontakt mit den Parteimitgliedern im Reich zu halten. Die genauen Hintergründe, die zu dieser Entscheidung führten, wurden bislang noch nicht abschließend geklärt.³⁹ Paul Löbe, der ehemalige Reichspräsident, votierte entschieden gegen eine Flucht ins Ausland und verbrachte mehrere Monate in sogenannter „Schutzhaft“. Ernst Heilmann, der alle Warnungen besonderer Gefährdung vor allem wegen seiner jüdischen Herkunft bewußt in den Wind schlug, bezahlte die Entscheidung zum Verbleib in Berlin mit dem Leben.

Bereits Anfang März 1933 wurden erste sozialdemokratische Zeitungsverlage und Druckereien besetzt. Als sich in Chemnitz Georg Landgraf, der Geschäftsführer des Verlages Landgraf & Co. OHG, den SA-Männern in den Weg stellen wollte, wurde er kaltblütig ermordet. Am 9. Mai 1933 wurden sämtliche Vermögenswerte der Partei beschlagnahmt, am 22. Juli 1933 wurde die SPD durch Gesetz verboten: Für den Kampf gegen den Nationalsozialismus gab es nur noch den illegalen Weg.

Jene Gruppen, insbesondere aus linksoppositionellen Parteikreisen, aus der Sozialistischen Arbeiterjugend, aus dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der „Eisernen Front“ und den sozialistischen Studentengruppen, die sich ohnehin seit Jahren dem Kampf gegen den Nationalsozialismus verschrieben hatten, suchten bereits vor dem 30. Januar 1933 verstärkten Zusammenhalt und verschafften sich die Voraussetzungen für die illegale Arbeit.⁴⁰ Mitglieder linkssozialistischer Gruppen hatten sich seit Sommer 1932 auf die illegale Arbeit vorbereitet und die politische Aufklärung über den Nationalsozialismus systematisch geplant: Der 1926 gegründete ISK bemühte sich um eine Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus und gruppierte seine illegalen Aktivitäten um

vegetarische Gaststätten in Köln, Berlin, Hamburg, Frankfurt und Essen, aus deren Gewinnen man Flugblattaktionen und Fluchthilfen bestritt. Die Einrichtungen wurden allesamt von Frauen geleitet. Die SAP, 1931 nach langen Auseinandersetzungen um die Zustimmung der SPD zum Panzerkreuzerbau und die Tolerierung der Regierung Brüning gegründet, beschloß im März 1933 auf ihrem bereits illegalen Parteitag in Dresden die sofortige Aufnahme des Widerstandes; in Berlin wurde eine Inlandsleitung gebildet. In Hannover gründete sich unter der Leitung von Werner Blumenberg eine Gruppe unter dem Namen „Sozialistische Front“, die sich gezielt auf die Illegalität vorbereitete und bis 1936 sogar regelmäßig die „Sozialistischen Blätter“ zur politischen Aufklärung herausgab. Die Gruppe „Neu Beginnen“ war ab 1929 zunächst als eine Art Geheimbund junger oppositioneller Kommunisten und kritischer Sozialdemokraten tätig, die der Spaltung der Arbeiterbewegung durch konspirative Arbeit in SPD und KPD entgegenwirken wollten. Bereits im Februar 1933 gelang es ihr zusammen mit der Berliner SAJ, eine vergleichsweise schlagkräftige Einheit im Untergrund gegen das neue Regime zu organisieren.⁴¹ All diesen Gruppen war gemeinsam, daß sich ihre Arbeit im Vergleich zur SPD durch eine größere Militanz und eine realistischere Einschätzung des Nationalsozialismus auszeichnete.

Auch in einzelnen Regionen organisierten SPD-Mitglieder aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus: Sie formulierten und verteilten Flugblätter, schrieben Parolen an Häuserwände und sammelten Informationen über die Verfolgungsbehörden und die Lage der Inhaftierten. Neben Berlin sind größere Widerstandsaktivitäten in Hamburg und Hannover, Magdeburg, Thüringen und Sachsen, im Ruhrgebiet und Köln, im Rhein-Main-Neckar-Raum, vor allem in Stuttgart, und in München bekannt.⁴² Aus Breslau sind über Zeitzeugenerzählungen Aktionen von Arbeiterjugend, SPD und SAP bekannt, die bisher jedoch nicht von der Forschung aufgearbeitet sind. Günter Herbert Löbe, der Neffe des Reichspräsidenten Paul Löbe, war dort bis Sommer 1933 engagiert gewesen. Die Illegalen wurden über die Grenzsekretariate und durch Kuriere zum Exilvorstand der Sopade in Prag mit Informationen und Materialien versorgt und lieferten Berichte über die Lage im Dritten Reich.⁴³ Die „Deutschlandberichte“ der Sopade dokumentieren die Informationen über die Lage im Reich.⁴⁴ So wurde der Fall des Holzmindener Gewerkschaftsführers Karl-August Poth durch die Sopade für die Auslandspresse aufbereitet: Er war im März 1933 verhaftet und mißhandelt worden und beging vor einer erneuten Verhaftung einen Selbstmordversuch.

Als sich Mitte der 1930er Jahre Resignation breitmachte, weil das NS-System sich gefestigt hatte, konzentrierte sich die Zusammenarbeit überwiegend auf die Behauptung des Zusammenhalts unter Gesinnungsfreunden und beschränkte sich – mit Ausnahmen – auf die Übermittlung der Lageberichte. Vor allem in Großstädten bildeten Frauen und Männer Diskussionszirkel, man traf sich in

Gruppen zu fünf Personen auf Spaziergängen, z.B. in Berlin im Grunewald. Ziel dieser Kleingruppen war es, das sozialdemokratische Selbstverständnis zu bewahren.⁴⁵ Der Aufklärung im Ausland über die politische Verfolgung diente die Publikation des Berichtes, den der ehemalige Reichstagsabgeordnete Gerhard Seger über das Konzentrationslager Oranienburg schrieb, nachdem ihm Ende 1933 die Flucht gelungen war.⁴⁶ Zentraler Bestandteil der illegalen Arbeit war die Hilfe für Verfolgte und ihre Familien. Im Magdeburger Raum und in Südniedersachsen wurden hierfür Gelder aus den vor den Nationalsozialisten geretteten Parteikassen genutzt.⁴⁷ Neue Kontakte wurden nur vorsichtig aufgenommen; gleichwohl gelang es der Gestapo immer wieder, V-Leute in widerständige Kreise einzuschleusen.⁴⁸ Bis 1939 waren fast alle konspirativ organisierten Widerstandsgruppen der SPD wie auch der KPD zerschlagen.⁴⁹ Politische Urteile erfolgten nach den neuen Strafbestimmungen wegen „Hochverrats“, „Heimtücke“, „zum Schutz von Volk und Staat“ und auf Grund des Verstoßes gegen das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933. Im Sinne sozialdemokratischer Ideale waren danach nur noch ganz wenige Gruppen im Untergrund aktiv. Während der Kriegszeit fanden sich in Berlin vor allem junge Frauen und Männer, die aus unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Milieus stammten, zu einzelnen Widerstandsgruppen zusammen. Unter ihnen sind ebenfalls SPD-Opfer zu finden, so Rose Schlüssinger, die 1944 wegen ihrer Mitgliedschaft in der „Roten Kapelle“ hingerichtet wurde.⁵⁰

Große stumme Demonstrationen gegen das Regime waren Beerdigungen früherer Funktionäre. Hinweise finden sich verstreut in Erinnerungen und Lokalstudien.⁵¹ Selbst unter den Bedingungen gefestigter nationalsozialistischer Herrschaft dokumentierte die letzte Ehre für die durch Verfolgung zu Tode gekommenen Frauen und Männer einen Zusammenhalt, dessen Zerstörung das Ziel der Nationalsozialisten war. Wie unter dem „Sozialistengesetz“ und in der Tradition der Beerdigungsfeiern für August Bebel und Friedrich Ebert, die für die Sozialdemokratie als öffentliche Manifestationen begangen worden waren, traf man sich trotz Überwachung: zu Ehren des Vorsitzenden der Kieler Stadtverordnetenversammlung Wilhelm Spiegel im März 1933, nachdem dieser hinterrücks erschossen worden war⁵², des badischen Landtagsabgeordneten Ludwig Marum, der im März 1933 im Konzentrationslager Kislau ermordet worden war, des preußischen Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters Hermann Kasten, ermordet im Februar 1933 in Schönebeck bei Magdeburg, der Reichstagsabgeordneten Clara Bohm-Schuch 1936 in Berlin und des württembergischen Landtagsabgeordneten Karl Ruggaber im gleichen Jahr in Stuttgart-Bad Cannstatt. Noch während des Krieges nutzten Sozialdemokraten Beerdigungen zu stummen Demonstrationen, wie 1942 in Hannover für Wilhelm Bluhm und in Berlin für den Reichstagsabgeordneten und Berliner Parteivorsitzenden Franz Künstler. Wie gefährlich solche Aktionen sein konnten, zeigt die Tatsache, daß alle Mitglieder der illegalen SPD-Gruppe in Halberstadt

nach der Beerdigung der preußischen Landtagsabgeordneten Minna Bollmann Anfang Januar 1936 verhaftet und abgeurteilt wurden.

Der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) war ebensowenig auf die Illegalität vorbereitet wie die SPD. Die Distanzierung der Gewerkschaften von der Partei und ihr Bekenntnis zur Neutralität unter der Führung Theodor Leiparts retteten den ADGB nicht: Als am 2. Mai 1933 mit einem Schlag die Gewerkschaftshäuser durch SA und SS besetzt wurden, gab es unter den Funktionären bereits erste Todesopfer, so in Duisburg Emil Rentmeister, Michael Rodenstock und Johann Schlösser.⁵³ Die Bemühungen richteten sich auch hier auf den persönlichen Zusammenhalt und das Sammeln von Informationen über die Situation in den Betrieben auf illegalen Wegen. Widerstand bezeichnet Ulrich Borsdorf für die Gewerkschaften als „Wartestand“.⁵⁴ Das Arbeitsfeld der Transportarbeiter bot die günstigsten Gelegenheiten für Austausch und Informationsstützpunkte, so daß die Kontakte aus dem Ruhrgebiet und vom Niederrhein von Adolf Kummernuss zu Eddo Fimmen von der Internationalen Transportarbeiterföderation in Holland als wichtigste Stütze in den späten 1930er Jahren galten.⁵⁵ Hervorzuheben sind außerdem Initiativen in Sachsen um den sächsischen Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Richard Teichgräber aus Chemnitz.

Die Beweggründe jener Sozialdemokraten, die sich an den Vorbereitungen des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligten, hat Hans Mommsen untersucht.⁵⁶ Wilhelm Leuschner⁵⁷, hessischer Innenminister und stellvertretender ADGB-Vorsitzender, seit 1937 Leiter der illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften, hatte in Berlin eine Fabrik für Bierzapfhähne gegründet, in der politische Gesinnungsfreunde beschäftigt waren. Der Hamburger SPD-Landesvorsitzende und Reichstagsabgeordnete Gustav Dahrendorf betrieb zusammen mit dem wehrpolitischen Experten der SPD-Reichstagsfraktion und Chefredakteur des „Lübecker Volksboten“ Julius Leber eine Kohlenhandlung in Berlin, in der Sozialdemokraten arbeiteten. Beide Betriebe, 1939 als kriegswichtig eingestuft, waren ab 1936 Kontaktzentren für Diskussionen, die gegen das Regime gerichtet waren. Dies hat seinen Grund darin, daß sie weitgehend auf konspirative Techniken verzichteten, da sie sich im Rahmen ihrer Erwerbsarbeit regelmäßig treffen konnten.⁵⁸ Ab 1941 intensivierte sich die Kontakte zum nationalkonservativen Widerstand um Carl Goerdeler; 1943 waren auch der ehemalige Geschäftsführer des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände Hermann Maaß (als Vertreter von Leber), der Nürnberger Reichstagsabgeordnete Ernst Schnepfenhorst und sein Kollege Carlo Mierendorff an den Plänen für eine Art „überparteiliche Volksbewegung“ beteiligt. Mierendorff war vor 1933 bereits durch die Publikation der sogenannten „Boxheimer Dokumente“ hervorgetreten, die die nationalsozialistischen Pläne für die Machtübernahme enthüllten.⁵⁹ Im Sinne Helmuth von Moltkes, führender Kopf des Kreisauer Kreises, zielten diese Diskussionen auf den Zusammenschluß einer

neuen politischen Elite aus allen sozialen Schichten.⁶⁰ Die Repräsentanten der organisierten Arbeiterbewegung stellten zwar im Kreis der Hitler-Gegner des 20. Juli eine Minderheit dar, doch besaßen sie einen überproportionalen Einfluß auf die Planungen für eine Regierung nach Hitler. Dies hing mit ihren größeren praktischen und politischen Erfahrungen, aber auch mit der Erkenntnis zusammen, daß der 1943/44 geplante politische Umsturz nur mit Unterstützung der Arbeiterschaft Erfolg haben würde.

Nach ihrer Verhaftung waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zunächst „Schutzhäftlinge“. Die sogenannte „Schutzhaft“ der Gestapo war eine politische Haft, in welcher die Verhafteten reiner Willkür und der Gefahr von Mißhandlungen bei Verhören ausgesetzt waren, und deren Länge weder voraussehen, noch gesetzlich geregelt war. Es führten drei Wege aus einem Gestapogefängnis oder einem „Schutzhaftlager“: In den ersten Jahren des Nationalsozialismus wurden die meisten Inhaftierten nach wenigen Tagen oder Wochen wieder entlassen. Prominente politische Gegner kamen dagegen schon 1933 in Konzentrationslager, ab 1941 auch in Arbeitererziehungslager (meist auf dem Gelände großer Rüstungsbetriebe) oder in Ghettolager, die für jüdische Frauen und Männer errichtet wurden. Die Situation dort war – wenn es überhaupt eine Steigerung an Entrechtung, Entpersönlichung und Mißhandlung geben kann – weitaus schlimmer als in den Konzentrationslagern, so beschrieb dies die Bochumer Stadtverordnete und spätere Bundestagsabgeordnete Jeanette Wolff in ihren Erinnerungen.⁶¹ Waren für eine Anklage ausreichende Beweise zusammengetragen, wurden die Beschuldigten in Untersuchungshaft bei den Sondergerichten, Oberlandesgerichten oder beim Volksgerichtshof⁶² überwiesen. Letzterer übernahm bei einem – als außerordentlich eingestuft – politischen Hintergrund die Anklagen und Urteile, oft Todesurteile, wie bei den Beteiligten an den Vorbereitungen des Attentats vom 20. Juli 1944, bei Emil Deibel, der 1942 in Wetzlar einen Streikaufruf an die Wand eines Rüstungsbetriebes gepinselt haben soll, oder bei der Frankfurterin Johanna Kirchner, die aus dem unbesetzten Teil Frankreichs an die Gestapo ausgeliefert worden war⁶³. Untersuchungs- und Strafhaft in Gefängnissen und Zuchthäusern war für die Betroffenen ‚sicherer‘, da sie hier weniger Willkür ausgesetzt waren. Nach der Strafverbüßung führte der Leidensweg in der Mehrzahl der Fälle aber weiter durch das System der Lager, meist der Konzentrationslager, stellvertretend seien hier genannt: das SAP-Mitglied Irene Kahn, die nach Ravensbrück verschleppt wurde, und der Bayreuther Gauleiter des Reichsbanners Oswald Merz, der bis Kriegsende in Dachau inhaftiert blieb. Ab 1940/41, als die Zahl der Gefangenen in den Lagern zunahm, und vor allem 1944/45 war der Haftaufenthalt von Überfüllung, mangelnder medizinischer Versorgung und immer schlechterer Ernährung gekennzeichnet. So starb beispielsweise die Leipzigerin Maria Grollmuß 1944 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück an einem nicht behandelten

Krebsleiden. Häftlinge wurden zum Einsatz in der Rüstungsindustrie gezwungen und bis zu Erschöpfung und Tod ausgebeutet.⁶⁴

Zwischen 1933 und 1945 lassen sich – abhängig von der inneren Stabilisierung des NS-Systems, den außenpolitischen Erfolgen und ab 1939 von der Entwicklung des Krieges⁶⁵ – verschiedene Verfolgungswellen feststellen, von denen stets Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betroffen waren:

1. Erste Todesopfer waren bereits in den Straßenkämpfen 1932 zu beklagen, wie der Reichsbanner-Angehörige und Arbeiterturner Adolf Klapproth aus Bad Sachsa; im Winter 1932/33 wurden der Reichsbanner-Angehörige Ernst Drong aus Tangermünde und der Staßfurter Bürgermeister Hermann Kasten erschossen. Im Februar 1933 befanden sich zahlreiche SPD-Mitglieder in Haft, so der Wiesbadener Stadtverordnete Konrad Arndt und der Reichsbanner-Angehörige aus Kleve am Niederrhein Karl van Daven. Der bereits invalide 59jährige Reichstagsabgeordnete Bernhard Kuhnt wurde am 1. März 1933 in Chemnitz auf einem Kohlenkarren durch die Stadt gefahren und verhöhnt, die Szene fotografiert und als Propagandapostkarten durch die SA verteilt.⁶⁶ Bereits vor dem Verbot der SPD am 22. Juli 1933 wurden die Sozialdemokraten Ernst Heilmann und Kurt Schumacher verhaftet und jahrelang durch das System der Lager geschleppt. Ludwig Pappenheim, der 1919 mit seiner väterlichen Erbschaft die „Schmalkaldener Volksstimme“ gegründet und diese der SPD übereignet hatte, fand im Januar 1934 im Konzentrationslager Neustrom den Tod. Nach kurzer Haft hinterrücks erschossen wurden der Reichstagsabgeordnete Otto Eggerstedt aus Kiel und der Redakteur des sozialdemokratischen „Detmolder Tageblattes“ Felix Fechenbach⁶⁷, die beide früh auf Versammlungen vor der aufkommenden Gefahr des Nationalsozialismus gewarnt hatten und deshalb den neuen Machthabern besonders verhaßt waren. Es kam auch zu Ausschreitungen, bei denen Sozialdemokraten ermordet wurden: Am bekanntesten ist die „Köpenicker Blutwoche“⁶⁸ im Juni 1933, deren prominentestes Opfer der Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling wurde. Die meisten Verhaftungen des Jahres 1933 waren zunächst vorübergehender Natur und dauerten von mehreren Wochen bis zu eininhalb Jahren. Frauen waren unter diesen politischen Häftlingen eine Ausnahme, wie z.B. Clara Bohm-Schuch aus Berlin. Die Verhaftungen erfolgten ohne rechtliche Grundlagen, wurden jedoch im Zuge der weiteren Entwicklung formal legalisiert.⁶⁹
2. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933, das auf dieser Grundlage am 22. Juli 1933 verfügte Verbot der SPD und vor allem der Vorwurf der „Vorbereitung zum Hochverrat“ oder „Landesverrat“ bildeten den Hintergrund für Verfolgungen und Verurteilungen politischer Gegner ab 1934.⁷⁰ Wegen „Hoch-“ bzw. „Landesverrats“ waren u.a. inhaftiert: der Führer der bayerischen Sozialdemokratie Erhard Auer und sein Nachfolger

nach 1945, bis 1933 Reichstagsabgeordneter, Lorenz Riedmiller; der spätere IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner, wegen illegaler Arbeit für die SAP; der Reichstagsabgeordnete Hermann Brill, 1945 Regierungspräsident von Thüringen; der preußische Landtagsabgeordnete und spätere Kultusminister von Niedersachsen Adolf Grimme; Arno Wend, Parteivorsitzender in Dresden, nach 1945 von einem sowjetischen Militärtribunal abgeurteilt und langjähriger Häftling im sowjetischen Zwangsarbeitslager Workuta; der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend und Sekretär des Parteivorstandes in Berlin Gustav Dahrendorf. Alfred Nau, bis 1933 Mitarbeiter des Parteivorstandes und nach Kriegsende Schatzmeister der SPD, wurde 1936 nach längerer Untersuchungshaft vom Kammergericht Berlin vom Vorwurf des „Hochverrats“ freigesprochen.

Nicht zuletzt durch die Mitarbeit von V-Leuten der Gestapo und auf Grund unter Folter erpresster Aussagen von Inhaftierten kam es Mitte der 1930er Jahre zu größeren Verhaftungswellen, von denen besonders lokal und regional tätige Widerstandsgruppen, Kleingruppen aus Mitgliedern sozialdemokratischer Umfeldorganisationen⁷¹ sowie der ISK, die SAP und die Gruppe „Neu Beginnen“ betroffen waren: Im Hamburger SAP-Prozess wurde im Juli 1934 Franz Bobzien verurteilt. 1935 fand ein Prozess gegen die Mitglieder der Duisburger SAP-Gruppe statt, in welchem u.a. Eberhard Brünen, Bundestagsabgeordneter ab 1949, und seine spätere Frau Herta Niederhellmann, Adolf Graber und Paul Grabosch sowie der Reichsbanner-Führer Hugo Neurohr wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt wurden. 1936 wurde George Eliasberg im Rahmen eines Prozesses gegen Mitglieder der Gruppe „Neu Beginnen“ vom Kammergericht Berlin verurteilt. Vor dem Oberlandesgericht Hamm wurden 1937 in drei Prozessen die Mitglieder der „Sozialistischen Front“ aus Hannover abgeurteilt, unter ihnen Wilhelm Bluhm und Auguste Breitzke. 1937/38 traf den ISK eine Verhaftungswelle, vor der noch zahlreiche Mitglieder – wie Erna Blencke, die die Arbeit in Hannover koordiniert hatte – fliehen konnten. Wegen ihrer illegalen Arbeit für den ISK wurden beispielsweise Anna Kothe und Alfred Kubel, nach 1945 langjähriger Minister und von 1970 bis 1976 Ministerpräsident von Niedersachsen, verurteilt.

3. Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 setzte eine Verhaftungswelle gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter ein, die bereits auf Fahndungslisten registriert waren. Ihr Weg führte in der Regel direkt in die Konzentrationslager; manchmal kam es auch zu einer Verurteilung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, doch nach dem Haftende erfolgte die Überweisung ins Konzentrationslager: die Reichstagsabgeordneten Lorenz Breunig und Erich Lübke aus Berlin, Cornelius Gellert aus Kassel, Franz Petrich aus Gera, Michael Schnabrich aus Bad Hersfeld, Ernst

Schneppenhorst aus Nürnberg, Fritz Soldmann aus Schweinfurt, der Landtagsabgeordnete Johannes Kleinspehn aus Berlin, der Chefredakteur der ADGB-Zeitschrift „Die Arbeit“ Lothar Erdmann aus Berlin, der Redakteur des „Hamburger Echo“ Theodor Haubach und der Generalsekretär des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ Ernst Wille aus Magdeburg teilten dieses Schicksal.

4. Im Verlauf des Krieges führten eine immer breitere Auslegung von Gesetzen sowie neue Verordnungen mit erweiterten Definitionen von Delikten zu neuen Verfolgungen (oft infolge von Denunziation⁷²), von denen auch lokal und regional bekannte SPD-Führer betroffen waren: Jakob Burger aus Dillingen/Saar, Rudolf Gerngroß aus Weißenfels, Wilhelm Jung aus Neunkirchen, Hermann Möhring aus Magdeburg, Max Otto aus Wernigerode, Arthur Rüdiger aus Dresden, Fritz Schüler aus Berlin und Karl Wolf aus Essen wurden wegen sogenannter „Heimtücke“-Vergehen verurteilt. Das Verbot des Abhörens ausländischer Sender vom 1. September 1939 führte zu Urteilen gegen Eberhard Dörfler aus Bielefeld und Josef Wittmann aus Nürnberg. Unter dem Vorwurf des „Volksschädlings“ kam Herbert Braun aus Berlin vor Gericht. Wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Feindbegünstigung“⁷³ – ein Erlaß vom 14. April 1940 verfügte die Todesstrafe – wurden beispielsweise Jakob Burger aus Dillingen, Hermann Frieb aus München, Fritz Henkel aus Duisburg, Stefan Meier aus Freiburg und Kurt Nehrling aus Weimar durch NS-Gerichte verurteilt, wegen „Wirtschafts- bzw. Steuervergehen“ wurden Heinrich Jasper, Vorsitzender des Staatsministeriums und Innenminister aus Braunschweig, und Jakob Steffan aus Oppenheim bei Mainz angeklagt.

Während Vergehen gegen das „Heimtückegesetz“ bei Männern üblicherweise meist am Arbeitsplatz oder in der Eckkneipe registriert und angezeigt wurden, verfolgte man Frauen auf Grund von Äußerungen in der Wohnung, auf dem Hausflur, oder während der Fahrt zum Arbeitsplatz im vertraulichen Zweiergespräch. Abhängig vom dem zuständigen Gestapo-Beamten wurden Vergehen mit unterschiedlicher Härte verfolgt. Nach einem kurzen Verhör wurden viele freigelassen. Oft genug war dies jedoch der Anfang der Erfassung durch die Gestapo und damit der Beginn eines langen Verfolgungsweges.⁷⁴

5. Aus besetzten Ländern wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an die Gestapo ausgeliefert; sie gerieten ebenfalls in die Mühlen der Konzentrationslager. Bereits nach der Besetzung von Böhmen und Mähren im Jahre 1938 erfaßte die nationalsozialistische Verfolgung die Mitglieder der DSAP, der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei des Sudetenlandes: Vom Vorsitzenden Ludwig Czech aus Brünn, der eine Emigration abgelehnt hatte, bis zum Neffen des ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe⁷⁵, Günter

Herbert Löbe, der vor den Nationalsozialisten geflüchtet war, reicht die lange Reihe der Opfer. Überlebende wie Rudolf Schmiedkunz engagierten sich nach 1945 in der SPD in Bayern und gründeten die Seliger-Gemeinde ehemaliger sudetendeutscher Sozialdemokraten.

Vor allem die mit den Nationalsozialisten kollaborierende Vichy-Regierung im unbesetzten Teil Frankreichs lieferte politische Flüchtlinge aus, so die Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding⁷⁶, die bereits ein Einreisevisum für die USA besaßen, den ehemaligen Berliner Stadtverordneten Leonhard Holz, der im Konzentrationslager als Jude besonders geschunden wurde, und die bereits erwähnte Johanna Kirchner, die 1944 im Berliner Gefängnis Plötzensee hingerichtet wurde.

6. Die unkoordinierten Methoden der Verfolgung politischer Gegner führten dazu, daß zunächst ältere ehemalige Mandatsträger, die nicht mehr so bekannt waren, vor Verfolgung verschont blieben. Die Judenverfolgung führte dann im Krieg zur Erfassung aus rassistischen Gründen: Paul Brodek starb während eines Bombenangriffs im „Judenhaus“ in Bremen; der sächsische Ministerpräsident Georg Gradnauer, seine Schwester Jenny Stock und deren Kollegin in der Berliner Stadtverordnetenversammlung Martha Wygodzinski sowie der Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch aus Hamburg wurden mit jüdischen Altentransporten nach Theresienstadt gebracht und kamen dort um. Luise Kautsky, die Witwe des 1938 in Amsterdam verstorbenen Marxismus-Theoretikers Karl Kautsky, lehnte die Flucht nach Großbritannien ab, weil sie den Kontakt zu ihrem im Konzentrationslager Buchenwald inhaftierten Sohn Benedikt halten wollte. Kurz vor ihrem 80. Geburtstag wurde sie 1944 nach Auschwitz deportiert, wo sie nach wenigen Tagen verstarb.⁷⁷
7. Durch einen sogenannten Führererlaß wurde am 21. Dezember 1940 der Einsatz kriegsgerichtlich verurteilter Soldaten bei vorübergehender Aussetzung der Strafe zur „Frontbewährung“ verfügt; vermutlich 40.000 bis 50.000 Soldaten mußten an besonders schwierigen Frontabschnitten Dienst leisten. Zumeist handelte es sich um politische Gegner, wie die wegen „Hochverrats“ verurteilten Sozialdemokraten Egon Franke, nach dem Krieg langjähriger SPD-Vorsitzender in Niedersachsen und von 1969 bis 1982 Minister für innerdeutsche Beziehungen, und Kurt Napp aus Hamburg, die in die Strafeinheiten – wie das Bewährungsbataillon 999 – gezwungen wurden. 1944 wurden politische Häftlinge aus den Konzentrationslagern entlassen, wenn sie in der SS-Sonderformation Dirlwanger Dienst leisteten, die zu „Himmelfahrtskommandos“ eingesetzt wurde, bei denen ungezählte Männer, wie das Duisburger SAP-Mitglied Adolf Graber, ums Leben kamen.⁷⁸
8. Der Fehlschlag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 führte zur Verfolgung der an den Planungen im Umfeld des Kreisauer Kreises beteiligten

Sozialdemokraten, die für eine Regierung nach Hitler vorgesehen waren. Unter ihnen wurde Theodor Haubach vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und noch in den letzten Wochen vor Kriegsende hingerichtet. Julius Leber und Adolf Reichwein⁷⁹ wurden bereits im Juli 1944 durch Verrat eines V-Mannes verhaftet und ebenfalls exekutiert. Gustav Noske, 1919/20 Reichswehrminister, überlebte, weil er verhandlungsunfähig war.⁸⁰

9. Im Rahmen der „Aktion Gitter“, in der Folge des Attentats von der Gestapo organisiert, wurden auf der Basis von Listen über ehemalige Mandatsträger der Weimarer Parteien ab 22. August 1944 auch Alte und Kranke, viele erstmals, verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt, selbst wenn sie seit 1933 – wie die Landtagsabgeordnete Annemarie Oestreicher oder die Reichstagsabgeordnete Johanna Tesch – zurückgezogen und unauffällig gelebt hatten.⁸¹ Unter den extrem unmenschlichen Bedingungen, die durch Überfüllung sowie Mangel an Hygiene und Verpflegung gekennzeichnet waren, starben im Winter 1944/45 vor allem Häftlinge, die bereits lange inhaftiert waren, Kranke und ältere Menschen. Die SS ermordete kurz vor Kriegsende politische Häftlinge, die Zeugen von Verbrechen geworden waren oder schickte sie vor den heranrückenden Alliierten auf Transport in ein anderes Lager: So kamen die Sachsenhausener Häftlinge, wie der bayerische Landtagsabgeordnete Clemens Högg und der Braunschweiger Heinrich Jasper, im Konzentrationslager Bergen-Belsen um.

Während der Todesmärsche, auf welche die SS die Häftlinge im Frühjahr 1945 auf der Flucht vor den Alliierten trieb, erschossen SS-Leute diejenigen, die nicht mehr laufen konnten.⁸² Aus dem Konzentrationslager Neuengamme hatte die SS Häftlinge in der Lübecker Bucht auf Schiffe getrieben, die von britischen Jagdfliegern versehentlich als Truppentransporter angesehen und angegriffen wurden. Bei der Bombardierung der Cap Arcona und der MS Thielbek⁸³ kamen unzählige Häftlinge, darunter Otto Schumann, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, die Oldenburger Landtagsabgeordneten Karl Fick und Friedrich Frerichs, der Magdeburger Jugendsekretär Ernst Lehmann und der Reichstagsabgeordnete Max Richter, tragisch ums Leben.

Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager und Haftanstalten engagierten sich beim Wiederaufbau der SPD und übernahmen, soweit es ihr Gesundheitszustand zuließ, in allen Besatzungszonen Verantwortung im politischen Leben. Kurt Schumacher, der von 1933 bis 1943 und im Rahmen der „Aktion Gitter“ 1944 inhaftiert gewesen war, wurde der erste Vorsitzende der SPD und der eindrucksvollste Politiker der unmittelbaren Nachkriegszeit.⁸⁴ Als Ministerpräsidenten bestimmten Christian Stock in Hessen (1947–1950), Fritz Steinhoff in Nordrhein-Westfalen (1956–1958), Hermann Lüdemann in Schleswig-Holstein (1946–1949), Georg Diederichs (1961–1970) und Alfred

Kubel (1970–1976) in Niedersachsen⁸⁵ die Geschicke der jeweiligen Bundesländer. Fritz Erler⁸⁶, der insgesamt zehn Jahre Haft und Lager überlebt hatte, stieg zum Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag auf. Bedeutende politische und gewerkschaftliche Arbeit, besonders hinsichtlich der Tarifordnung, haben in der Nachkriegszeit die IG-Metall-Vorsitzenden Hans Brümmer (1948–1956) und Otto Brenner (1956–1972) geleistet. Unter den Oberbürgermeistern größerer Städte finden wir den legendären Ernst Reuter in Berlin (1948–1953)⁸⁷, Fritz Hensler in Dortmund (1946–1953)⁸⁸, Georg Buch in Wiesbaden (1960–1968), Robert Görlinger in Köln (1948–1952), Walter Kolb in Frankfurt am Main (1946–1956), Michael Pöschke in Erlangen (1946–1959), Wilhelm Weber in Hannover (1946–1956) und Heinrich Düker in Göttingen (1945/46) sowie die spätere Oberbürgermeisterin von Braunschweig Martha Fuchs (1959–1964)⁸⁹, die 1946 die erste deutsche Ministerin im später aufgelösten Land Braunschweig wurde. Viele, die in der SBZ Ämter übernahmen und vor allem die kommunalpolitische Ordnung mit aufbauten, mußten in die Westzonen flüchten oder waren erneut für mehrere Jahre inhaftiert: Hermann Brill, bis 1945 Häftling im Konzentrationslager Buchenwald und von den amerikanischen Alliierten als Regierungspräsident von Thüringen eingesetzt, wurde bei der Übernahme des Landes durch die Sowjets abgesetzt und flüchtete nach Hessen.⁹⁰ Hermann Fleißner, von der NS-Regierung als Leipziger Polizeipräsident abgesetzt und politisch verfolgt, übernahm das Amt 1945 erneut, wurde jedoch nach wenigen Monaten wieder entlassen. Fritz Drescher, 1947/48 stellvertretender Landwirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt, wurde nach seiner Entlassung von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt. Die Oberbürgermeister von Werdau, Rathenow und Magdeburg, Gerhard Weck, Paul Szillat und Rudolf Eberhard, wurden nach ihrer Absetzung verhaftet.

Auf allen Ebenen setzten sich ehemals verfolgte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für den Aufbau neuer politischer Institutionen ein, um im Geiste des Widerstandes ein demokratisches Deutschland zu errichten.⁹¹ 1945 gründete Otto Brenner für die SAP mit Willi Eichler vom ISK die „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit“, die im August mit einem Aufruf zur Vereinigung der Arbeiterparteien an die Öffentlichkeit trat. Im September 1945 entschieden sich beide Gruppen endgültig zur Mitgliedschaft in der SPD, nachdem sie bereits im Londoner Exil seit 1944 kooperiert hatten. Der ISK sollte innerhalb der Partei weiterhin als „Erziehungsgemeinschaft“ wirken; der SAP wurde der Aufbau eines „Marxistischen Arbeitskreises“ zugestanden, welcher später unter Brenners Leitung für die marxistische Schulung sozialdemokratischer Funktionäre Bedeutung erhalten sollte. Die ehemaligen linkssozialistischen Gruppen behielten ihre Diskussionszusammenhänge auch auf privater Ebene zwischen den in Deutschland Lebenden und denjenigen, die in ihren Exilländern blieben bzw. erst später zurückkehrten, bei.⁹²

Der Wiederaufbau, so Susanne Miller, sei wichtiger gewesen als der Blick zurück; deswegen sei in der Bundesrepublik der öffentliche Diskurs über die Verfolgung zurückgedrängt worden.⁹³ Hermann Brill, Benedikt Kautsky und Jeanette Wolff zählten zu den wenigen Autoren sozialdemokratischer Grundhaltung, die über ihre Haft im Nationalsozialismus in autobiografischen Schriften und publizierten Autobiografien berichteten.⁹⁴ Die SPD war die einzige Partei, deren Vertreter bereits im Londoner Exil ebenso wie Hermann Brill im Konzentrationslager Buchenwald an eine Wiedergutmachung nach Kriegsende für die Verfolgten dachten. Sie stimmten darin mit den Zielen der Alliierten nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus überein.⁹⁵ Auf der symbolischen Ebene unterstützte die SPD bereits 1946 erste Gedenkfeiern für die Opfer des Nationalsozialismus, die am 2. Sonntag im September stattfanden, mit der Gründung der Bundesrepublik aber entfielen. 1946 erschien, herausgegeben vom Parteivorstand der Sopade, in London das „Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur“, in welchem die Schicksale politisch Verfolgter aus allen Parteien und Gruppen auf der Basis damaliger Kenntnisse dokumentiert wurden.⁹⁶ Es handelt sich um einen ersten Überblick, der die gesamte Breite der Verfolgung berücksichtigte. Zu bedauern ist, daß nie eine Überarbeitung erfolgte.⁹⁷

Der mit der Ära Adenauer einsetzende politische Klimawechsel begünstigte die Integration der NS-Mitläufer und drängte die Erinnerung an die Opfer beiseite.⁹⁸ Erschwerend für die Erinnerungen an den Arbeiterwiderstand kam hinzu, daß Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Mitarbeit in der von Kommunisten dominierten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) auf Grund eines Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD aufkündigten, nicht nur weil sie die stalinistische Vereinnahmung ihrer Widerstandsarbeit ablehnten, sondern vor allem weil sie sich gegen die erneute Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ wandten. Der Parteivorstand beschloß auf seiner Sitzung am 6. Mai 1948, eine Zentralstelle für politisch verfolgte Sozialdemokraten einzurichten.⁹⁹ Ausgehend von regionalen Initiativen entstand, zunächst sehr aktiv vor allem in Hamburg und Nordrhein-Westfalen, die „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AvS). Sie verstand ihre Aktivitäten als Beitrag für die demokratische Traditionsbildung in der öffentlichen Auseinandersetzung. Seit Ende der 1960er Jahre wandten sich AvS-Mitglieder mit ihren Erinnerungen verstärkt an die Öffentlichkeit und engagierten sich bei der Gründung und Ausgestaltung von Gedenkstätten, zunächst in Westdeutschland, ab 1990 auch in den neuen Bundesländern. Die Hinwendung zur „Oral History“ und das Interesse der Historiker an den alltäglichen Ereignissen während der Verfolgung und in der Haft führten in den späten 1980er und vor allem in den 1990er Jahren dazu, daß über Widerstand, Verfolgung und Demütigung ausführlicher denn je gesprochen wurde.

IV. Verfolgung in der SBZ und in der DDR

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich nach Kriegsende in der SBZ und in Berlin wieder politisch engagierten, gerieten bereits ab Sommer 1945 in erste Auseinandersetzungen mit KPD-Mitgliedern, die als Vorläufer späterer Verfolgung gewertet werden können. Anfang Juni 1945 hatte sich in Berlin der „Zentralausschuß der SPD“ gebildet.¹⁰⁰ Bis August formierte und konsolidierte sich die SPD in der SBZ und avancierte im Laufe der nächsten Monate zur mitgliederstärksten Partei.¹⁰¹ Erstes Opfer erneuter Verhaftungen war der Kommandant der Berliner Schutzpolizei Karl Heinrich, der von 1935 bis 1943 seiner Freiheit beraubt gewesen war. Nach mehreren Denunziationen wegen angeblichen Verrats von Mithäftlingen im Konzentrationslager Sachsenhausen¹⁰² brachte ihn die Sowjetische Militärpolizei in das Speziallager Nr. 3 Hohen Schönhausen, wo er am 4. November 1945 verstarb.¹⁰³

Zu einer Zeit, als die emigrierten Sozialdemokraten noch nicht nach Deutschland zurückgekehrt waren, setzten in der SBZ erneut Repressionen gegen SPD-Mitglieder ein. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SBZ und im Ostteil Berlins, die sich ab Herbst/Winter 1945 den Bestrebungen zur Vereinigung mit der KPD öffentlich widersetzen, wurden verhaftet. Sie kamen in sowjetische Speziallager, die ursprünglich für die Internierung ehemaliger Nationalsozialisten geplant waren und die sich in Sachsenhausen, Buchenwald und Jamlitz auf dem Gelände früherer Konzentrationslager befanden. Berühmte ehemalige Gestapo-Folter-Keller wie der „Rote Ochse“ in Halle oder der „Münchner Platz“ in Dresden wurden von der sowjetischen Geheimpolizei genutzt, um Häftlinge zu verhören und schwer zu mißhandeln. Für Berlin ist dokumentiert, daß bis Ende 1946 mindestens 38 Sozialdemokraten verhaftet wurden bzw. verschwanden.¹⁰⁴ Wer sich der drohenden Verfolgung entziehen wollte, mußte in den Westteilen Berlins oder in die Westzonen fliehen, wie Rudolf Rothe aus Leipzig und Gustav Dahrendorf aus Berlin¹⁰⁵, beide bereits Opfer des Nationalsozialismus. Besonders im Westteil Berlins bestand die Gefahr der Verschleppung und Verurteilung in der DDR – so erging es Willy Bauer, 1947 geflüchtet und in Uelzen ansässig, der 1951 auf dem S-Bahnhof Wannsee durch Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes nach Potsdam verschleppt und dort verurteilt wurde.

Nach dem Vereinigungsparteitag im Admiralspalast in Berlin-Mitte am 21./22. April 1946 wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten automatisch in die SED übernommen und Führungspositionen anfangs paritätisch mit ehemaligen SPD- und KPD-Vertretern besetzt. Es waren vielfach Verfolgte des Nationalsozialismus, die als Wortführer in der Öffentlichkeit gegen den von der KPD und der SMAD forcierten Weg in die Vereinigung eintraten: Kurt Schumacher von Hannover aus und Franz Neumann in Berlin. Neumann organisierte

die Urabstimmung unter den Berliner SPD-Mitgliedern: Sie konnte nur in den Westsektoren frei abgehalten werden (82 Prozent stimmten am 31. März 1946 gegen einen Zusammenschluß mit der KPD).¹⁰⁶ Nach dem in ganz Berlin geltenden alliierten Recht blieb die SPD bis zu ihrer Auflösung durch den Landesverband nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 im Ostteil der Stadt eine legale Partei, hatte jedoch faktisch keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr.¹⁰⁷ Ab 1948 sanken die Mitgliederzahlen im Osten Berlins und stagnierten mit Beginn der 1950er Jahre. Als nach dem Bau der Mauer die acht Kreisorganisationen aufgelöst wurden, bekannten sich aber immerhin noch 5.000 Ost-Berliner zur SPD.¹⁰⁸ Trotz vieler Proteste wurden immer wieder SPD-Mitglieder verhaftet und verurteilt, so auch Otto Hildebrandt und Herbert Mießner.¹⁰⁹ Der Platz Werner Rüdigers im Abgeordnetenhaus von Berlin blieb in den Jahren seiner Haft frei, um stellvertretend der verschleppten politischen Häftlinge zu gedenken.

Es gab nicht wenige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich mit den neuen Verhältnissen arrangierten. Es gab aber auch SPD-Mitglieder, deren Milieubindung die SED-Gründung überdauerte. Man traf sich vor Ort weiterhin im vertrauten Zirkel und hoffte, sozialdemokratische Vorstellungen stärker in die neue Partei einbringen zu können. In Saalfeld zum Beispiel trafen sich sozialdemokratische Gesinnungsgenossen, wie in der Zeit des Nationalsozialismus, im Wohnzimmer der Familie Kreutzer. Oberstes Ziel waren – wie vor 1945 – die Pflege des Zusammenhalts und der Austausch von Nachrichten. Ihr Handeln faßten die Sozialdemokraten, anders als das herrschende System, nicht als „Widerstand“ auf. Gleichzeitig flüchtete bereits eine große Anzahl Sozialdemokraten mit ihren Familien in die Westzonen, um Benachteiligung, Repression oder Verfolgung zu entgehen.

Die Kommunalwahlen des Jahres 1946 stärkten vor allen Dingen kommunale Amtsträger vor Ort, die bis zur Zwangsvereinigung der SPD angehört hatten. Einen der größten Wahlerfolge konnte Rudolf Eberhard als Oberbürgermeister der alten sozialdemokratischen Hochburg Magdeburg erzielen, doch 1950 wurde er unter Vorwänden verhaftet und abgesetzt; 1952 verurteilte man ihn.¹¹⁰ Bereits 1948, mit dem offiziellen Beginn der Wandlung der SED zur „Partei neuen Typs“, also einer stalinistischen Kaderpartei, vollzogen sich auf der Ebene des Alltags Entwicklungen, die die Hoffnung auf die Wiedervereinigung und damit Wiederzulassung der SPD in der SBZ reduzierten: Nachdem die sowjetischen Vertreter im März den Alliierten Kontrollrat verlassen hatten, brach mit der getrennt vollzogenen Währungsreform im Juni 1948 das gemeinsame deutsche Wirtschaftsgebiet auseinander. Die danach einsetzenden Verhaftungen drängten sozialdemokratische Gesinnungsgemeinschaften wieder in die Illegalität. Ab 1950 erfolgte nach und nach die Ausschaltung aller in kommunaler Verantwortung stehenden Sozialdemokraten; sie wurden, wie der Halberstädter Baustadtrat Otto Bollmann, verhaftet oder, wie Max Otto, Bürgermeister von Wernigerode, zum Rücktritt gezwungen.

Bereits im Mai 1946 gründete die Berliner SPD ein „Ostsekretariat“ zur Betreuung der Geflüchteten. Ab Mitte Oktober 1946 arbeitete auch ein Ostbüro beim Parteivorstand in Hannover.¹¹¹ Es war die erklärte Absicht Kurt Schumachers und des Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Neumann, über die Ostbüros in Berlin und in Hannover den Kontakt zu den Sozialdemokraten in der SBZ zu halten, Flüchtlinge zu betreuen, Nachrichten über das Schicksal der Gesinnungsfreunde zu sammeln und Erkenntnisse zu sortieren, um sie gegebenenfalls an alliierte und später bundesrepublikanische Stellen weiterzuleiten. Ab 1947 suchte das Ostbüro verstärkt Kontakte in der SBZ.¹¹² Von Hannover und Berlin aus wurde der Informations- und Materialaustausch organisiert. Man wollte für den Fall einer legalen Wiederezulassung der SPD ideologische und politisch-strategische Vorbereitungen treffen.

Die Politik der SPD zielte – anders als die Bestrebungen der späteren Regierung Adenauer – direkt auf die Wiedervereinigung, die absolute Priorität besaß. Das gab den sozialdemokratischen Gruppen in der SBZ, ab 1949 in der DDR, Hoffnung; Informationen von Kurieren des Ostbüros forcierten aber auch Gerüchte und Trugschlüsse. Vielfach waren es die Kuriere, deren mangelnde Vorsicht und fehlende Professionalität den sowjetischen Behörden die Spuren in sozialdemokratische Zusammenhänge wiesen und zur Verhaftung von ehemaligen SPD-Mitgliedern führten. Bis 1958 war das Ostbüro die Werkstatt für die deutschlandpolitischen und auf Osteuropa bezogenen Konzeptionen der SPD. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 wurde es in seinen Aufgaben begrenzt und 1966 aufgelöst.

Da ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der SED aus ehemaligen Sozialdemokraten bestand, die automatisch in die neue Partei überführt worden waren, übersahen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die bereits mit der Zwangsvereinigung einsetzende Stalinisierung der SED. Anerkannt wurden Sozialdemokraten nur, wenn sie sich der SED unterwarfen; selbst führende Funktionäre wurden bald verhaftet, wie am 13. Juni 1946 Willy Jesse, Mitglied im SED-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern. Wer sozialdemokratischen Grundüberzeugungen die Treue hielt, wurde bereits im Frühjahr 1946 propagandistisch als „Schumacher-Agent“, „Agent des SPD-Ostbüros“ und manchmal als „Faschist“ angeprangert. Das Feindbild des „Sozialdemokratismus“ basierte auf den Denkmustern und Auseinandersetzungen der 1920er Jahre, als die KPD die SPD im Zusammenhang mit der Sozialfaschismus-These als „Steigbügelhalter der Nationalsozialisten“ bekämpft hatte.¹¹³ „Sozialdemokratismus“, so Beatrix Bouvier in ihrer Expertise für die „Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“, diente als ideologische Begründung für den Kampf gegen die demokratische Konkurrentin in der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Vorwurf traf eine Partei, die in der SBZ 1945/46 nur kurz selbständig gewesen war, deren Ideen jedoch nach der

Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SED zunächst Wirkung gezeigt hatten. Deshalb wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erneut Opfer politischer Verfolgung: Sie wurden zur Flucht gezwungen, wenn sie Gefahren von sich und ihren Familien abwenden wollten, sie wurden ausgegrenzt und gesellschaftlich geächtet, sie erhielten Studien- und Berufsverbote, wurden enteignet, interniert und inhaftiert und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, weil ihr Zusammenhalt mit Gleichgesinnten kriminalisiert und damit als illegal abgestempelt worden war.¹¹⁴

Bei der Verfolgung ehemaliger SPD-Mitglieder in der SBZ und in der DDR sind verschiedene Phasen zu erkennen, die jeweils von dem Verhältnis der Besatzungsmächte zueinander, ihren Vorstellungen von Deutschland als Ganzem, von deutsch-deutschen Entwicklungen und der Entstehung des Kalten Krieges abhängig waren¹¹⁵:

1. Nach den ersten Festnahmen im Sommer 1945 kam es im Vorfeld der Zwangsvereinigung von SPD und KPD bis März 1946 zu Entfernungen aus Parteiämtern durch die Sowjetische Militärverwaltung: Rudolf Rothe, wegen „Hochverrats“ von den Nationalsozialisten inhaftiert, wurde am 16. Januar 1946 in Leipzig als Organisationssekretär abgesetzt und erhielt Redeverbot. Nach seiner Flucht 1947 leitete er viele Jahre das Archiv des Parteivorstandes in Hannover und später in Bonn. Es kam auch zu Verhaftungen: Paul Volkmann, Bezirksstadtrat in Berlin-Wilmersdorf, wurde am 5. Dezember 1945 nach einer Versammlung in Neustadt/Dosse verhaftet, auf der er sich gegen die Vereinigungsbestrebungen ausgesprochen hatte. Er starb 1951 im Zuchthaus Waldheim. Der Bürgermeister von Ahlbeck, Kurt Bütow, wurde mit seiner Ehefrau und seinem Sohn Axel im Januar 1946 verhaftet; auch er hatte sich öffentlich gegen die Bestrebungen zur Vereinigung mit der KPD ausgesprochen. Vorgeschobene Vorwürfe bezogen sich bei den Verhaftungen 1946/47 vielfach zunächst auf „Wirtschaftsverbrechen“ oder „Amtsmissbrauch“. Erst im Verlauf der Verhöre und bei den Urteilen spielte die SPD-Mitgliedschaft eine Rolle.
2. In den Speziallagern¹¹⁶ inhaftierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erfuhren nichts von Anklage und Urteil. Gegen sie ergingen sogenannte „Administrative Fernurteile“ aus Moskau, deren Datierung – wie im Falle Kurt Bütows – im Rahmen der Rehabilitierung heute nicht mehr nachgewiesen werden kann. Vielfach waren diese Frauen und Männer, wie Karl Engelbrecht aus Brandenburg und Julius Scherff aus Berlin, vor 1945 am gleichen Ort (Sachsenhausen) ihrer Freiheit beraubt gewesen. Kaum erholt von den Folgen der NS-Haft, starben beide an erneuten Entbehrungen und mangelnder medizinischer Behandlung. Nach der Gründung der DDR wurde die Mehrheit der inhaftierten Sozialdemokraten, mit oder ohne sowjetisches Urteil, in den Strafvollzug des neuen Staates überführt; die letzten Speziallager

(Bautzen, Buchenwald, Sachsenhausen) wurden 1950 aufgelöst und Bautzen als DDR-Haftanstalt weitergeführt. Auch in den folgenden Jahren starben Menschen in der Haft, wie der Rudolstädter Bürgermeister Gustav Hartmann 1950 in Bautzen. Tuberkulose war eine der weitverbreiteten, durch Mangel hervorgerufenen Krankheiten unter den Häftlingen, gegen die sie lediglich jene Medikamente nehmen konnten, die ihnen die Angehörigen in die Haftanstalten schicken durften. Als im September 1955 willkürlich ein Paketempfangsverbot für alle politischen Häftlinge ausgesprochen wurde, erhöhte sich schlagartig die Zahl der Tbc-Opfer¹¹⁷: So starb z.B. Wilfried Arnold aus Zwickau 1956 in Waldheim drei Tage nach seiner Amnestierung auf Grund eines Beschlusses des Zentralkomitees der SED.

3. Zwischen 1946 und 1950 fanden politisch motivierte Prozesse fast ausschließlich vor Sowjetischen Militärtribunalen statt.¹¹⁸ Verhaftungen erfolgten auf offener Straße, am Arbeitsplatz, nachts in der Privatwohnung oder bei Vorladungen zur SMAD. Ehemalige KPD-Mitglieder zählten vielfach zu den Denunzianten. Todesfälle, vermutlich Morde, wurden nicht aufgeklärt, so die Umstände des Todes von Richard Füchsel in Leipzig, nachdem dieser ein Verhör bei der SMAD erlitten hatte. Ab 1948 kam es auf Grund der Massenverhaftungen zu zahlreichen Urteilen gegen Sozialdemokraten. Die SED, die nunmehr auch offiziell den Weg zur „Partei neuen Typs“ beschritt, hatte sich das „Ausmerzen sozialdemokratischen Gedankenguts“ zu einem ihrer obersten Ziele gesetzt. Die Anklagen bezogen sich fast überwiegend auf die §§ 58-6, 58-10 und 58-11 des Sowjetischen Strafgesetzbuches mit den schwammig formulierten Vorwürfen „antisowjetischer Spionage“ und „Propaganda“ sowie „illegaler Gruppenbildung“. Die Verurteilung bedeutete die Todesstrafe oder mehrfach verhängte 25 Jahre Zwangsarbeitslager unter Einziehung des Privatvermögens. Oftmals wurden die Mitglieder einer verhafteten Gruppe auch gemeinsam verurteilt, so die Zwickauer Gruppe um Wolfgang Koch oder die Saalfelder Gruppe um Paul Kreutzer. Vielen Frauen und Männern rettete die Tatsache das Leben, daß zwischen dem 26. Mai 1947 und dem 12. Januar 1950 die Todesstrafe in der Sowjetunion abgeschafft war. Danach wurden Todesurteile wieder ausgesprochen und vollstreckt. 1952 wurde Wolfgang Junker aus Leipzig zum Tode verurteilt und hingerichtet; die Angehörigen erfuhren erst nach der Wende 1989 von seinem Schicksal. Erfolgte nach der Verurteilung die Überführung in das GULAG-System der Sowjetunion, in eines der Arbeitslager im Ural oder in Sibirien, hatten gerade Ältere, wie der Hagenower SPD-Vorsitzende Bernhard Pfaffenzeller¹¹⁹, kaum Überlebenschancen. Die Familien erhielten nie eine Nachricht; sie glaubten, die Angehörigen seien verschollen. Willy Jesse, 1946 verhaftet und 1950 verurteilt, war auf Antrag der Familie für tot erklärt worden; 1953 wurde er amnestiert und in die Bundesrepublik entlassen, wo er beim Parteivorstand der

SPD bis 1962 das Referat „Betriebsgruppenarbeit“ leitete. Diejenigen, die sich 1955 – wie der ehemalige stellvertretende sächsische SPD-Landesvorsitzende Arno Haufe aus Dresden – noch in sowjetischen Lagern befanden, wurden nach dem Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer 1955 in Moskau amnestiert und entlassen. Haufe kam in die Bundesrepublik, andere – wie Hermann Möhring, Bezirksvorsitzender in Sachsen-Anhalt und Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“ – blieben noch weitere Jahre in DDR-Haft.

4. Nach der Auflösung der Speziallager und der Übergabe von ca. 15.000 Internierten sowie 3.432 Gefangenen zur „Aburteilung“ durch DDR-Gerichte¹²⁰ wurde in Waldheim eine Art Sondergericht gebildet. Dieses fällte von Ende April bis Juni 1950 Urteile auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, der Kontrollratsdirektive Nr. 38 und des SMAD-Befehls Nr. 201, die sich mit der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern befaßten.¹²¹ Unter den über 3.000 Männern und 190 Frauen, die mit Haftzeiten nicht unter zehn Jahren verurteilt wurden, befanden sich 157 Personen, die vor 1933 der SPD angehört hatten: Wilhelm Hamann, vor 1933 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, war 1945 am Arbeitsplatz verhaftet worden und starb zwei Monate nach seiner Verurteilung. Willi Köhler, 1945 stellvertretender Bürgermeister von Blankenburg, wurde nach Haftende in die Bundesrepublik entlassen und war von 1956 bis 1968 Ratsherr in Braunschweig. Ähnlich wie in Waldheim hatte die SED-Führung bereits 1948 Einfluß auf die Richter des Landgerichtes Zwickau im Prozeß gegen die angeblichen „Textilschieber“ von Glauchau-Meerane genommen. Zahlreiche Textilunternehmer und die beiden ehemaligen Bürgermeister Horst Kretschmer und Erich Gentsch, letzterer zählte 1945 zu den Wiedergründern der SPD, wurden im August 1948 vom NKWD wegen „Textilschieberei“ verhaftet. Nachdem Gentsch in der Haft erkrankt war, trennte man sein Verfahren ab: Er wurde erst 1950 unter dem Vorwurf, freie Unternehmer gefördert zu haben, zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Bereits am 29. November 1948 saßen alle anderen Verhafteten im ersten in der SBZ öffentlich inszenierten Schauprozeß auf der Anklagebank.¹²² Nach SMAD-Befehl Nr. 160 wurde wegen angeblicher „Wirtschaftsverbrechen“ fünfmal die Todesstrafe verhängt. Vor und nach dem Prozeß begleitete eine massive, durch die SED gesteuerte Pressekampagne das Verfahren. Die Organisation der Prozesse in Zwickau und Waldheim wurden zum Vorbild für weitere öffentliche Prozesse in der DDR, die man nach dem Vorbild der Sowjetunion zur Abschreckung von politischen Gegnern inszenierte.
5. Derartige Schauprozesse zielten auf die Diskreditierung und Unterdrückung von Gruppen und einzelnen Kritikern und sollten „erzieherisch“ wirken.¹²³ Zu erwähnen ist vor allem der erste Schauprozeß des Obersten Gerichts der

DDR im April 1950 in Dessau, bekannt als „Fall Herwegen-Brundert“. Es wurden selbst die in der DDR-Verfassung garantierten Grundrechte und Verfahrensgarantien mißachtet; das Justizministerium wählte handverlesene SED-Richter aus.¹²⁴ Am 29. April 1950 wurden der Minister für Arbeit und Sozialpolitik in Sachsen-Anhalt Dr. Leo Herwegen (CDU) und der Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt Dr. Willi Brundert als „Wirtschaftssaboteure“ angeklagt. Wie der Sozialdemokrat Brundert später berichtete, warf man ihm in den Verhören während der Untersuchungshaft vor allem vor, der führende Kopf der illegalen „SPD-Fraktion“ zu sein.¹²⁵ Er wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung in die Bundesrepublik war Brundert von 1964 bis 1970 Oberbürgermeister in Frankfurt am Main. Er starb 1970 auf Grund eines Leidens, das er sich in der Haft zugezogen hatte.

6. In politischen Fällen wurden ab 1950 mehr und mehr DDR-Gerichte tätig; insbesondere Strafsenate (zu erkennen unter der Bezeichnung „I a“) führten nach Ermittlungen des Staatssicherheitsdienstes die Prozesse: Urteile ergingen hier in der Regel nach der Kontrollratsdirektive 38 III A III („Verbrechen gegen die Menschlichkeit“) und/oder nach Artikel 6 der Verfassung der DDR („Boykotthetze“ gegen die DDR). Das Strafmaß lag zwischen acht Jahren (Hildegard Kühle aus Stansdorf) und lebenslanger Haft (Bernhard Behnisch, Leiter der vom Staatssicherheitsdienst als „Widerstandsgruppe Berbe“ bezeichneten sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft in Cottbus). Der Staatssicherheitsdienst der DDR übernahm die Beobachtung, die Verhaftung und die Verhöre in der Untersuchungshaft und leitete die Ergebnisse zur Anklage und Verurteilung weiter; so füllt der Fall der Gruppe um Walter Linke aus Grimma 12 Aktenordner beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.
7. Nach dem Aufstand am 17. Juni 1953 begann eine Verfolgung von Sozialdemokraten¹²⁶, die bis dahin unbehelligt gelebt hatten, durch den Staatssicherheitsdienst der DDR. Stellvertretend seien erwähnt: Wilfried Arnold aus Zwickau, dessen Expertise über die Ereignisse des Tages erst 1954 der Stasi bekannt wurde, Walter Kellner aus Ludwigsfelde, Otto Reckstat aus Nordhausen, der dort auf der Kundgebung gesprochen und die Wiedervereinigung gefordert hatte, sowie Werner Schiller aus Werdau. In einigen Orten waren es Männer aus alten sozialdemokratischen Familien, die als Streikführer das Wort ergriffen hatten. In Schmölln wurde das sozialdemokratische Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ angestimmt.¹²⁷ Nach den Aktionen in Görnitz, die von Männern aus sozialdemokratischen Familien getragen worden waren, kam es zur Neubesetzung der SED-Kreisleitung und der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit. Den entlassenen Mitarbeitern wurde vorgeworfen, die „sozialdemokratischen Umtriebe“ im Vorfeld nicht

beachtet zu haben.¹²⁸ In Rathenow forderte die demonstrierende Menge die Freilassung des am 27. Juni 1950 wegen „Sozialdemokratismus“ verhafteten ehemaligen Oberbürgermeisters Paul Szillat.¹²⁹ Verhaftungen und Verurteilungen wurden, wie die Beispiele Wilfried Arnolds und Otto Reckstats zeigen, von diffamierenden Pressekampagnen begleitet.

Diese Hinweise auf Relikte sozialdemokratischer Gesinnungsgemeinschaften waren die letzten, die sich nachweisen lassen. Bis 1953/54 war das Gruppengeflecht, die Solidargemeinschaft durch Verhaftungen und Flucht in den Westen endgültig aufgelöst. Das Ziel, auch innerhalb der SED an sozialdemokratischen Überzeugungen festhalten zu können, war gescheitert.¹³⁰

8. In den Jahren 1954/55 wurden die Strafmaße, auch für von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte, in der Regel auf 12 Jahre herabgesetzt: Zuständig waren die den Haftanstalten nächstgelegenen Bezirksgerichte; die Entscheidungen erfolgten nach Rücksprache mit sowjetischen Stellen. Auch anlässlich von Jahrestagen der Gründung der DDR, des Geburtstages von Wilhelm Pieck und zu Weihnachten erfolgten vereinzelt Amnestien. Anfang 1956 begann das Zentralkomitee der SED mit Unterstützung des Staatssicherheitsdienstes mit der Aufstellung einer Übersicht über politische Häftlinge in der DDR.¹³¹ So kam es im April und Mai 1956 auf Grund von Einzelprüfungen durch das Zentralkomitee zu einer großen Anzahl von Amnestien und Entlassungen. 24 Schicksale sind im Gedenkbuch dokumentiert, von denen stellvertretend hier erwähnt werden: Heinrich Beese, NS-Opfer und von 1946 bis 1948 Leiter der Personalabteilung beim Rat der Stadt Rostock, engagierte sich später in Gießen; der Jenaer Unternehmer Curt Eckhardt, im Nationalsozialismus wegen „Heimtücke“ verurteilt, hatte dort 1945 die SPD wiedergegründet; Arno Haufe, 1933 Häftling im Konzentrationslager Colditz, war 1945/46 Bezirksvorsitzender Dresden-Ostsachsen; Ernst Kneipp, 1932/33 Kreistagsabgeordneter in Halle, war bei seiner Entlassung 1956 bereits 73 Jahre alt und schwerkrank.

In den Zuchthäusern der DDR hatten sich sozialdemokratisch gesinnte Frauen und Männer, auch solche, die infolge der Zwangsvereinigung nicht SPD-Mitglieder hatten werden können, zu Gruppen zusammengeschlossen.¹³² Wurden sie vorzeitig entlassen, gaben sie die Namen der noch Inhaftierten und einen Bericht über die Haftumstände an die Berliner SPD und das Ostbüro weiter. Auf der Grundlage dieser Informationen wurden fortlaufend neue Übersichten erstellt, die u.a. der Arbeiterwohlfahrt als Grundlage für die Unterstützung von Familienangehörigen dienten. Die Berliner SPD-Zeitung „Telegraf“ publizierte ab 1946 regelmäßig Listen mit Namen Inhaftierter und Verschollener, nicht nur von Sozialdemokraten, und forderte Aufklärung über deren Schicksal. Die nationalsozialistischen Konzentrationslager wurden in den damaligen Veröffentli-

chungen und werden auch heute noch in den Erinnerungen der ehemals Verfolgten mit den sowjetischen Lagern und Haftanstalten in der DDR verglichen.¹³³

Beim Studium der Akten des Ostbüros der SPD gewinnt man den Eindruck, daß die meisten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zwischen 1955 und 1956 entlassen wurden. Aus den Lagern der Sowjetunion kehrten die letzten Gefangenen im Jahre 1955 – wie bereits erwähnt – nach dem Besuch Konrad Adenauers in Moskau zurück; einige wurden jedoch in die DDR transportiert und blieben weiterhin in Haft. In den Materialien des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR finden sich Dokumente über tragische Fälle von überdurchschnittlich langen Haftzeiten: Bernhard Behnisch aus Cottbus verbüßte seine Haft von 1951 bis 1964 und Hermann Möhring von 1952 bis 1964.

Trotz der erlittenen Verfolgungen entschieden sich manche Sozialdemokraten nach der Freilassung aus familiären Gründen gegen eine Übersiedlung in die Bundesrepublik: Ernst August Schönfeld aus Leipzig und Moritz Luther aus Saalfeld lebten zurückgezogen weiterhin in der DDR. Als 1989 in der DDR die SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) gegründet wurde, knüpften Emma Baumann aus Halberstadt, Kurt Jäger aus Eisenhüttenstadt, Walter Keller aus Ludwigsfelde und Otto Marr aus Leipzig¹³⁴ an ihr früheres Engagement an und sprachen mit Historikern und vor Parteimitgliedern auch ausführlich über die Haft und ihre Leiden.

Soweit es Gesundheit und Lebensalter zuließen, engagierten sich Freigelassene und Flüchtlinge in der Bundesrepublik wieder in der SPD, vor allem als Kommunalpolitiker in jenen Orten, die ihnen eine neue Heimat wurden. Günter Bruschwitz war 20 Jahre DGB-Geschäftsführer und Stadtverordneter in Lüdenscheid. Gerhard Kaderschafka arbeitete bis zur Pensionierung beim DGB Hessen. Helmut Keil war von 1959 bis 1985 Ortsvereinsvorsitzender der SPD und einige Jahre auch Stadtverordneter in Bruchköbel. Gustav Dahrendorf wurde Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein, Albert Schulz gehörte dem SPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein an, Willi Brundert wurde Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Wolfgang Koch, Willy Jesse und Rudolf Rothe arbeiteten für den Parteivorstand der SPD in Bonn. Viele aus dieser Gruppe Verfolgter fanden ihren beruflichen Schwerpunkt im engeren und weiteren Umfeld der Deutschlandpolitik, im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. ab 1966 dem Ministerium für innerdeutsche Beziehungen sowie in der politischen Bildung. So war z.B. Franklin Schultheiß, der langjährige Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung, über viele Jahre politischer Häftling in der DDR gewesen.

Für sie alle gilt: Ihre Erlebnisse machten sie selten öffentlich bekannt; Erinnerungen haben nur wenige vor 1989 schriftlich fixiert – Kurt Grabe veröffentlichte

seine Hafterinnerungen im Jahre 1982.¹³⁵ Lediglich direkt nach der Freilassung brachen sie – wie der Berliner Falken-Funktionär Jürgen Gerull – die von den Behörden in der DDR und in der Sowjetunion auferlegte Schweigepflicht und berichteten auf Vortragsreisen in der Bundesrepublik ausführlich über ihre Hafterfahrungen. Danach bestimmte das Bemühen um den beruflichen Wiedereinstieg und die Integration der Familien in eine neue Umgebung den Alltag. Die aus der Haft in der DDR und in der Sowjetunion entlassenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schlossen sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre im „SPD-Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR“ zusammen, der sich als aktive politische Gruppierung in den deutschlandpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der SPD verstand. Noch 1964 stellte Karl Wilhelm Fricke fest, daß nach wie vor politische Aktionen gegen die Regierung der DDR von sozialdemokratischen Vorstellungen mitgeprägt seien und in der DDR deshalb weiterhin, so beispielsweise im „Neuen Deutschland“ vom 11. Mai 1962, vor „sozialdemokratischen Umtrieben“ gewarnt werde.¹³⁶

Ab 1946/47 waren die politischen Gefangenen im Osten Deutschlands, vor allem dank der Initiativen von Franz Neumann, ein zentrales Thema in den Medien und öffentlichen Auseinandersetzungen der Westzonen, ab 1949 der Bundesrepublik. 1964 wurden erstmals politische Häftlinge aus der DDR durch die Bundesrepublik freigekauft; zu den ersten Sozialdemokraten unter ihnen zählten Bernhard Behnisch aus Meerane und Hermann Möhring aus Magdeburg.¹³⁷ Die Präsenz der in der SBZ und in der DDR politisch Verfolgten in der Presse nahm mit dem Beginn der Entspannungspolitik ab. Der „Wandel durch Annäherung“ drängte die bisherige Praxis der öffentlichen Anprangerung des DDR-Regimes in den Hintergrund. So fanden auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in der SBZ und in der DDR für ihre Überzeugung eingetreten waren, mit ihren Argumenten weniger Resonanz. Manche reagierten darauf verbittert. Bis heute fühlen sich viele gegenüber den vom Nationalsozialismus Verfolgten als Opfer zweiter Klasse. Im SPD-Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Ost- und Deutschlandpolitik von Willy Brandt. Manche trennten sich von der SPD, weil sie meinten, daß die Partei das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands verraten habe und der SED zu große Zugeständnisse mache. Mit dem Zusammenbruch der DDR in den Jahren 1989/90, mit der damit verbundenen Offenlegung der Dokumente der Verfolgung und dem Zugang zu den Orten der Haft fand diese Verfolgtengruppe wieder öffentliche Aufmerksamkeit und stand zeitgleich Historikern als Zeitzeugen für die Aufarbeitung der DDR-Verfolgung Rede und Antwort. Jetzt erst nahmen viele die Chance wahr, über ihre Verfolgung selbst zu berichten und sie öffentlich zu reflektieren, wie es Dieter Rieke, der bereits 1990 auf eine erste Dokumentation über verfolgte Sozialde-

mokraten in der Nachkriegszeit gedrungen hatte, in seinen kürzlich veröffentlichten Erinnerungen.¹³⁸ Siegfried Berger publizierte seine Erinnerungen als Streikführer am 17. Juni 1953 in Köpenick.¹³⁹ Peter Bordihn reflektierte seine Erfahrungen im GULAG-System auf eindringliche Weise.¹⁴⁰ Horst Schüler als Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta bemüht sich um die Dokumentation von Erinnerungen (vgl. Anm. 21). Wolfgang Kockrow nannte in seinen Erinnerungen die Zeit seiner Verfolgung in der DDR „Lehrjahre“.¹⁴¹ Zur Unterstützung der neuentstandenen Gedenkstätten für die Opfer des Stalinismus berichteten Sozialdemokraten in Bautzen und Hohenschönhausen über ihre Haft Erfahrungen. Im Bemühen um die Aufarbeitung der jeweiligen Lagergeschichte wurden auch die Leiden von Sozialdemokraten dokumentiert.¹⁴² Seit 1990 bemühen sich Überlebende sowie die Familienangehörigen und politischen Freunde Verstorbener um Rehabilitierung. Die Unrechtsurteile von DDR-Gerichten wurden – wie im Falle von Herbert Mießner auf Antrag seiner Witwe und seiner Tochter – aufgehoben. Von Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte beantragten und erhielten ihre Rehabilitierung bei der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation auf Grund des Gesetzes „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repression“ vom 10. Oktober 1991.¹⁴³

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Angehörige ehemals Verfolgter, Mitglieder der AvS und des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR unterstützten das Gedenkbuch für verfolgte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Jahren 1997–2000 und standen für Gespräche, Nachfragen und Hinweise zur Verfügung. Dies darf als ein Zeichen für den zukünftig gemeinsamen Weg beider Verfolgtengruppen verstanden werden: Sie alle kämpften für ihre sozialdemokratische Überzeugung und haben dafür Verfolgung, physische und psychische Folter auf sich genommen, mit deren Folgen sie – bedingt durch die Zeitumstände und die damit verbundene, unterschiedlich intensive gesellschaftliche Aufmerksamkeit – privat und öffentlich umzugehen lernen mußten. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands möchte die SPD gleichberechtigt der Opfer beider totalitärer Regime, des Nationalsozialismus und des Stalinismus, gedenken.

Christl Wickert

Anmerkungen

- 1 Eine Vorgabe begrenzte die Biografien im Gedenkbuch auf maximal eine Seite. So mußte auf Einordnungen in den Gesamtzusammenhang der Verfolgung und der Bedeutung einzelner für die Geschichte der SPD verzichtet werden. Der folgende Beitrag versteht sich als Versuch eines Überblicks über die Verfolgungsperioden vor und nach 1945, in welchem die Biografien aus dem Gedenkbuch eingeordnet werden. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den im folgenden genannten Ämtern und Mandaten um jene, welche sie vor der Verfolgung wahrgenommen hatten.
- 2 In einer Studie über Sachsen und Thüringen hat Franz Walter versucht, die Entwicklung der SPD aufzuzeigen, jedoch finden Illegalität und Widerstand auf relativ kleinem Raum Beachtung; Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993. Lediglich für Sachsen liegt eine Dokumentation zur Geschichte der SPD im Landtag vor, in welcher beide Diktaturperioden einer besonderen Betrachtung unterzogen werden: Mike Schmeitzner: Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in zwei Diktaturen (1933–1952/89), in: Michael Rudloff/Mike Schmeitzner: Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997, Dresden 1997, S. 122–145.
- 3 So stand zum Beispiel 1956 der Mord an dem Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer Lothar Erdmann im Mittelpunkt des Prozesses vor dem Landgericht Bonn gegen Gustav Sorge und Wilhelm Schubert, beide SS-Aufseher des KZ Sachsenhausen. Sorge und Schubert, bereits 1947 von einem Sowjetischen Militärtribunal in Berlin zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt, waren 1955 amnestiert und in die Bundesrepublik entlassen worden. Der Prozeß in Bonn endete mit einer Verurteilung zu lebenslangen Zuchthausstrafen. Recherchen im Zusammenhang mit der Verfolgung von Verbrechen im KZ Sachsenhausen ergaben, daß in den 1960er Jahren kaum noch verfolgte Sozialdemokraten vor Gericht Zeugnis ablegten.
- 4 Etwa: Hans-Josef Steinberg: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969; Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969.
- 5 Hartmut Mehringer: Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Band V, München 1983, S. 287–432; Anton Großmann: Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: ebd., S. 433–540; Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann: Der Aufstieg des Sisyphos. Erosion, Exil und Widerstand der Sozialdemokratie 1933–1945, in: Dies.: Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995 (Widerstand und Verfolgung im Saarland 1935–1945. Bd. 3), S. 154–333; vgl. auch den Überblick bei Hartmut Mehringer: Sozialistischer Widerstand, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/M. 1994, S. 42–54.
- 6 Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 783–1075.
- 7 Siehe dazu vor allem: Detlef Schmiechen-Ackermann: Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998.
- 8 Klaus Mammach: Widerstand 1933–1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1984; Ders.: Widerstand 1939–1945. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1987. Aus kritischer Perspektive neuerdings: Klaus-Michael Mallmann: Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommu-

- nistischer Widerstand 1933–1945, in: Christl Wickert (Hg.): Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995, S. 82–97; Ders.: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- 9 Erich Matthias: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952; Ders.: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Düsseldorf 1968; Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968.
- 10 Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biografien – Chronik – Wahldokumentation, hg. von Wilhelm-Heinz Schröder, Düsseldorf 1995; M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürger-schaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biografische Dokumentation, hg. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1995; M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biografische Dokumentation, hg. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1991.
- 11 Wolfgang Buschfort: Die Tätigkeit der Ostbüros der SPD, CDU und FDP, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tüchel (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 167–182; Klaus-Dieter Müller: Studentische Opposition in der SBZ/DDR, in: ebd., S. 93–124; vgl. auch: Klaus-Dieter Müller/Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, Dresden 1995 (HAIT Berichte und Studien Nr. 4).
- 12 Beatrix Bouvier: Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996; Beatrix Bouvier/Horst-Peter Schulz (Hg.): „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren.“ Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, Bonn 1991; Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1996; Ders.: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000. Der Begriff der Zwangsvereinigung, bereits 1988 von Peter Steinbach in die historische Auseinandersetzung gebracht (vgl. Peter Steinbach: Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946. Eine Phase der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus im 20. Jahrhundert, in: Wilhelm Treue, Geschichte als Aufgabe. Festschrift zu seinem 60. Geburtstag, Berlin 1988, S. 677–707) wurde nach der Wende von 1989 heftig diskutiert (vgl. Werner Müller: SED-Gründung unter Zwang – Ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff „Zwangsvereinigung“, in: Deutschland Archiv, 24 (1991), H. 1, S. 52–58), und gehört inzwischen zum begrifflichen Instrumentarium der Forschung. Er richtet sich expressis verbis gegen die ideologischen Verzerrungen in DDR-Darstellungen, wie z.B. bei: Ulla Plener: Zum ideologisch-politischen Klärungsprozess in der SPD der sowjetischen Besatzungszone 1945, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 14 (1972), H. 1, S. 35–59.
- 13 Als Beispiel seien hier genannt: Friedhelm Boll: „Ihr könnt doch nicht alle abhauen“. Verfolgung von Sozialdemokraten unter Hitler und Ulbricht: Das Beispiel Wesemeiers, in: Ders. (Hg.): Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1997, S. 131–148.
- 14 Klaus-Dieter Müller: „Jeder kriminelle Mörder ist mir lieber ...“ Haftbedingungen für politische Häftlinge in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Veränderungen 1945–1989, in: Klaus-Dieter Müller/Annegret Stephan (Hg.): Die Vergangenheit läßt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998, S. 15–138.
- 15 Charlotte Broh schrieb direkt nach ihrer Entlassung aus sowjetischer Haft ihre Erinnerungen nieder, allerdings ohne ihren Autorennamen anzugeben. Dies ist dem Briefwechsel, den sie mit Herta Gotthelf, der Herausgeberin der „Gleichheit“ führte, zu entnehmen, welcher in der Akte ihres Mannes Martin Broh im Bestand Ostbüro des AdsD überliefert ist: Hinter dem Eisernen Vorhang. Vergeßt uns nicht! Eine Sibirien-Heimkehrerin berichtet, 2 Teile, in: Die Gleichheit, 18 (1955), H. 3, S. 91–94 und H. 4, S. 133–136.
- 16 Helga Grebing/Christl Wickert: Widerstandsarbeit von Frauen gegen den Nationalsozialismus, in: Polis H. 7, 1994, S. 32–45.
- 17 Für den ISK, vgl. Susanne Miller: „Ich wollte ein anständiger Mensch bleiben.“ Frauen des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), in: Christl Wickert, Frauen gegen die Diktatur, S. 106–117.
- 18 Annedore Leber: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Mainz 1984 (Neuausgabe; erstmals 1954 erschienen); Annedore Leber/Freya Gräfin von Moltke: Für und Wider. Entscheidungen in Deutschland 1918–1945, Berlin 1961; Rosemarie Reichwein: „Die Jahre mit Adolf Reichwein prägten mein Leben“, München 1999; Dorothee von Meding: Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli, Berlin 1992.
- 19 Christl Wickert: Hermann Maaß – Ein Sozialdemokrat im Umfeld des 20. Juli 1944, in: AvS-Informationsdienst 19 (1998), H. 1, S. 11/12.
- 20 SPD-Ostbüro im AdsD/Bonn; Ermittlungsunterlagen beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/Berlin; Flüchtlingsakten beim Bundesverwaltungsamt Abteilung Gießen und Abteilung Friedland.
- 21 Zum Nationalsozialismus, vgl.: Christl Wickert: Widerstand und Dissens von Frauen – ein Überblick, in: Dies., Frauen gegen die Diktatur, S. 16–31.
- 22 Horst Schüler: Vergessene Opfer, Lagergemeinschaft Workuta, Berlin 1996.
- 23 Christl Wickert: Die Bollmanns aus Halberstadt. Ein Familienschicksal der doppelten Verfolgung, in: AvS-Informationsdienst 20 (1999), H. 4, S. 15/16. Für Hinweise auf das Schicksal von Otto Bollmann nach 1945 danke ich Beatrix Herlemann.
- 24 AdsD: Telegraf-Archiv; Ostbüro; eine statistische Auswertung der Opfer im Gedenkbuch, siehe unter Quellen.
- 25 Antje Dertinger: Dazwischen liegt nur der Tod. Leben und Sterben der Sozialistin Antonie Pfülf, Bonn 1984.
- 26 Das Schicksal der Familie im Exil dokumentiert eindrucksvoll ein gerade erschienener Band: Elisabeth Marum-Lunau: Auf der Flucht in Frankreich. Der Briefwechsel einer deutschen Familie im Exil 1939–1942, Berlin 2000.
- 27 Hans Mommsen: Wilhelm Leuschner und der Widerstand des 20. Juli 1944, in: Ursula Büttner (Hg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 347–361; Dorothea Beck: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983; Dies.: Julius Leber. „Freiheit“ gegen „Heil Hitler!“. Ein Lübecker Sozialdemokrat im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Gerhard Paul u.a. (Hg.): Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848–1948, Bonn 1996, S. 254–261; zu Hermann Maaß, vgl. Sigrid Grabner/Hendrik Röder (Hg.): Im Geist bleibe ich bei Euch. Texte und Dokumente zum 100. Geburtstag von Hermann Maaß, Potsdam 1997.
- 28 In Moskau wurden administrativ, auf der Grundlage weniger Aktenvorgänge, die manchmal nur eine Beschuldigung aus einer einzigen Zeugenaussage enthielten, Urteile gefällt, die auch vollstreckt wurden.
- 29 Klaus-Dieter Müller, Haftbedingungen; Falk Pingel: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978.
- 30 Wilhelm Bluhm. Dokumentation, hg. von der Geschichtswerkstatt Hannover, o.J.
- 31 Peter Lösche: Ernst Heilmann (1881–1940), in: Peter Lösche u.a. (Hg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 99–120.

32 Christl Wickert: „Wer zögert, der fällt.“ Rosa Helfers (1885–1965), in: Bärbel Clemens (Hg.):
 33 Parlamentarierinnen in Niedersachsen, Hannover 1996, S. 24–30.
 Reichsgesetzblatt 1878 Nr. 34, S. 351; vgl. hierzu auch: Gerhard A. Ritter: Die Sozialdemokra-
 34 tie und die Reichstagswahlen 1877–1890. Der Durchbruch der Partei zur Massenbewegung in
 der Zeit des Sozialistengesetzes, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.): Geschichte als
 35 Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie, Essen 1995, S. 120–146.
 Susanne Müller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumenta-
 36 tion 1848–1990, Bonn 1990, S. 48.
 Zeitzeugeninterviews zweier Projekte zur sozialdemokratischen Frauenpolitik in der Wei-
 37 marer Republik: Christl Wickert: Zwischen Familie und Parlament. Sozialdemokratische
 Frauenarbeit in Südniedersachsen 1919–1950, Kassel 1985, 2. Aufl.; Dies.: Unsere Erwählten.
 Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919 bis
 38 1933, 2 Bde., Göttingen 1986.
 39 Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialde-
 mokratie 1932/33, bearbeitet und hg. von Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975,
 S. XIXff.
 Hans J. L. Adolph: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939,
 Berlin 1971.
 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 457, S. 33f.
 40 Vgl. dazu: Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation; Lewis J. Edinger: Sozialdemokratie
 und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933–1945, Hannover 1960;
 Hagen Schulze, Anpassung oder Widerstand?
 Über die Zusammenarbeit der Kampfverbände gegen den Nationalsozialismus liegt vor: Karl
 41 Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der
 politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; neuere Dar-
 stellungen und Studien beziehen sich auf lokale Aktionen: Wolfgang Deutesfeld: „Die Eiserner
 Front wird den Faschismus niederringen.“ Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in
 Lüneburg von 1930 bis zur Machtergreifung 1933, in: Heimat, Feide, Hakenkreuz. Lüne-
 42 burgs Weg ins Dritte Reich, Hamburg 1984, S. 29–35; Anja Wagemann: SPD, Reichsbanner
 und Eiserner Front in Emmerich, in: Angelika Schwarz (Hg.): Kein Boden für Sozialdemokra-
 43 ten am Niederrhein?, Essen 1999, S. 61–87.
 Jan Foitzik: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer
 Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des
 Exils, Bonn 1986; Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Sozialistischen Jugend-
 44 bundes und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, Meisenheim am Glan 1964;
 Susanne Müller: Kritische Philosophie als Herausforderung zum Widerstand gegen den Na-
 tionalsozialismus, in: Dialektik, H. 7, 1983; Jörg Bremer: Die Sozialistische Arbeiterpartei
 Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945, Frankfurt/M. 1978; Herbert Obenaus:
 Niederlage und Erneuerung der Arbeiterbewegung. Das Konzept der Hannoverschen „So-
 45 zialistischen Blätter“ (1933–1936), in: Hans-Dieter Schmid (Hg.): Zwei Städte unterm Ha-
 kenkreuz, Leipzig 1994, S. 71–91; Frank Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialde-
 mokratie. Zur partiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in
 der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad
 46 Godesberg 1973, S. 37; Kurt Kliem: Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich,
 dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Marburg 1957; Richard Löwenthal: Die Wider-
 standsgruppe „Neu Beginnen“, Berlin 1985.
 47 Susanne Müller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD, S. 149.
 Peter Grasmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München/Wien 1976; Patrik
 von zur Mühlen: Sozialdemokraten gegen Hitler, in: Richard Löwenthal/Patrik von zur
 48 Mühlen (Hg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945, Berlin/Bonn 1982,
 S. 59ff.; die Infiltration durch die Gestapo wird beschrieben am Beispiel des Sopade-Grenzse-

ekretariates in Kopenhagen: Ludwig Eiber: Richard Hansen, das Grenzsekretariat der Sopade
 in Kopenhagen und die Verbindungen nach Hamburg 1933–1939, in: Einhart Lorenz u.a.
 (Hg.): Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933 bis 1950,
 Hamburg 1998, S. 181–196.
 49 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940,
 7 Bde., Reprint: Zweitausendeins 1980.
 50 William Sheridan Allen: Die sozialdemokratische Untergrundbewegung. Zur Kontinuität
 der subkulturellen Werte, in: Jürgen Schmädcke/Peter Steinbach (Hg.): Der Widerstand ge-
 gen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler,
 München 1985, S. 849–866.
 51 Gerhard Seger: Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager
 Geflüchteten, Karlsbad 1934; vgl. dazu: Günter Morsch (Hg.): Konzentrationslager Oranien-
 52 burg, Berlin 1994.
 Ergebnisse aus Interviews, die Beatrix Herlemann Anfang der 1990er Jahre in Magdeburg und
 53 Umgebung führte, sowie Recherchen der Verfasserin 1977/78 in Einbeck, Hannoversch
 Münden und Duderstadt.
 54 Auf das Beispiel der Hamelner SPD wird verwiesen in: Christl Wickert, Rosa Helfers.
 Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 1016.
 Beatrix Herlemann: Die Einheit in der Vielfalt. Die Frauen in der Roten Kapelle, in: Christl
 55 Wickert, Frauen gegen die Diktatur, S. 98–105; Hans Coppi (Hg.): Die Rote Kapelle im Wi-
 derstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994. Zur Gruppe Baum, in der sich junge
 Frauen und Männer jüdischer Herkunft mit unterschiedlichen politischen Grundüberzeu-
 56 gungen trafen: Kurt Schilde: Herbert-Baum-Gruppe, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle
 (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/M. 1994, S. 225–227.
 57 Vgl. zur Bedeutung der Beerdigungen in der Zeit der Illegalität auch den Hinweis bei: Michael
 Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 1014.
 58 Volker Jakob: Wilhelm Spiegel (1876–1933). Ein politisches Leben – ein ungesühnter Tod, in:
 Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, H. 2, 1993, S. 109–140.
 59 Rudolf Tappe (Hg.): Tatort Duisburg 1933–1945. Widerstand und Verfolgung im National-
 sozialismus, 2 Bde., Essen 1989 und 1993; einen Überblick über die nationalsozialistischen
 Opfer in den Gewerkschaften bietet: Michael Schneider: Erschlagen – Hingerichtet – In den
 60 Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus, hg. vom DGB-Archiv im
 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1995.
 61 Ulrich Borsdorf: Arbeiteropposition, Widerstand und Exil der deutschen Gewerkschaften,
 in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der
 deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984,
 S. 291–306.
 Helmut Esters/Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand, Bonn 1983, 2. Aufl., S. 40ff.
 Hans Mommsen: Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Klaus Schönho-
 ven/Dietrich Staritz (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber
 zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 236–260.
 62 Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962; Gerhard
 Beier: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981.
 63 Als sich Julius Leber konspirativ mit kommunistischen Widerständlern traf, um sie in die
 Umsturzpläne einzuweißen, wurde er am 4. Juli 1944 verhaftet.
 64 Richard Albrecht: Der militante Sozialdemokrat Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Bio-
 grafie, Berlin/Bonn 1987.
 65 So Hans Mommsen, 20. Juli 1944, S. 255.
 66 Jeanette Wolff: Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in deutschen Konzentrationslagern im
 Osten, Dresden 1947, S. 10ff.

- 62 Die Sondergerichte sind von der NS-Regierung 1933 gegründet worden Sie waren für die neuen Tatbestände wie vor allem „Heimtücke“ zuständig. Kleinere Hochverratsprozesse fanden vor Oberlandesgerichten statt; als besonders schwerwiegend eingestufte Aktionen wurden vor dem Volksgerichtshof abgeurteilt.
- 63 Antje Dertinger/Jan von Trotz: „... und leben immer in Eurer Erinnerung“. Johanna Kirchner. Eine Frau im Widerstand, Bonn 1985.
- 64 Hermann Kaienburg (Hg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996; Ludwig Eiber (Hg.): Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933–1945, Hannover 1985; Gudrun Schwarz: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1990; Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft.
- 65 Zu den Auseinandersetzungen um die Entwicklung des Nationalsozialismus vgl.: Ian Ker-shaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988.
- 66 Walter Hammer: Hohes Haus in Henkers Hand, Hamburg 1956, S. 64.
- 67 Felix Fechenbach: Im Haus der Freudlosen. Als „Justizopfer“ im Zuchthaus Ebrach, erschienen erstmals 1925, ND Würzburg 1993; Hermann Schüler: Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach (1894–1933). Eine Biografie, Warburg 1993.
- 68 Heinrich-Wilhelm Wörmann: Widerstand in Köpenick und Treptow, Berlin 1995, S. 16ff.
- 69 Die NS-Regierung reagierte auf Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Ziele meist mit Verordnungen, die von der Polizei und der Gerichtsbarkeit Gesetzen gleich befolgt wurden. Nicht in allen Fällen wurde die Rechtslage später in Gesetzen formuliert, vgl. dazu: Bernhard Diestelkamp/Michael Stolleis (Hg.): Justizalltag im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1988, hier bes.: Klaus Marten: Strafjustiz im Dritten Reich, S. 101–111.
- 70 Insgesamt 161 der Frauen und Männer im Gedenkbuch wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und verurteilt. Von ausdrücklich im Gedenkbuch nachgewiesenen Urteilen wegen Verstoßes gegen das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ waren betroffen: Die Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Hermine Berthold, der spätere Oberbürgermeister von Wiesbaden (1960–1968) Georg Buch, der Dortmunder Parteisekretär Adam Essinger, der Landtags- und Reichstagsabgeordnete und nach Kriegsende erste Oberbürgermeister von Dortmund (1946–1953) Fritz Henßler, der Wetzlarer Stadtverordnete Wilhelm Knoche, 1946 Lizenzträger der Frankfurter Rundschau, die Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend Ernst Lehmann aus Magdeburg und Kurt Napp aus Hamburg, der erste Parteivorsitzende nach Kriegsende (1946–1956) in Berlin, Franz Neumann, Hubert Schlebusch, 1945/46 Ministerpräsident des Landes Braunschweig und Walter Schmedemann, 1957–1967 Hamburger Senator für Gesundheit.
- 71 Gemeint sind hier Kultur-, Wohlfahrts-, Sport- und Lebensreformvereine sowie die Jugendorganisationen, die sich der SPD zuordneten und 1933 verboten wurden: Vgl. Franz Walter: Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990; Franz Walter/Dietmar Klenke/Peter Lilje: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992; Siegfried Heimann/Franz Walter: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993; Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin: Sozialdemokratische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991; Franz Walter: Jugend in der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft. Eine organisationsstrukturelle Studie über die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 23 (1987), H. 3, S. 311–376; Christiane Eifert: Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“, Frankfurt/M. 1993.
- 72 Vgl. dazu Gisela Diewald-Kerkmann: Politische Denunziation im NS-Regime, Bonn 1995.
- 73 Norbert Haase: Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1993.
- 74 Christl Wickert: Frauenwiderstand und Dissens im Kriegsalltag, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 411–425, hier S. 414.
- 75 Paul Löbe: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin 1954.
- 76 Walter Euchner: Rudolf Hilferding (1887–1941), in: Peter Lösche u.a. (Hg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 170–192; Detlef Lehnert: Rudolf Breitscheid (1874–1944), in: ebd., S. 170–192.
- 77 Susanne Miller: Jüdische Frauen in der Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg und Luise Kautsky, in: Ludger Heid/Arnold Pauker (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Tradition, Tübingen 1992, S. 147–154.
- 78 Hans-Peter Klausch: Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999 unter besonderer Berücksichtigung des antifaschistischen Widerstandes, 2 Bde., Köln 1987; Claus Tulatz: Exil hinter Stacheldraht. Die Vorbereitungen der politischen 999er in amerikanischer Kriegsgefangenschaft auf die Nachkriegszeit, in: Helga Grebing/Christl Wickert (Hg.): Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Deutschen Reich, Essen 1994, S. 173–199; Hans-Peter Klausch: Antifaschisten in SS-Uniform: Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger, Bremen 1993.
- 79 Rosemarie Reichwein: Adolf Reichwein. Ein Lebensbericht aus Briefen und Dokumenten, München 1974.
- 80 Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biografie, Düsseldorf 1987.
- 81 Im Gedenkbuch sind 110 Verhaftungen im Zusammenhang mit der „Aktion Gitter“ dokumentiert.
- 82 Daniel Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, hier bes.: Todesmärsche: Bis zum bitteren Ende, S. 385–436.
- 83 Rudi Goguel: „Cap Arcona“. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945, Frankfurt/M. 1972.
- 84 Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biografie, Stuttgart 1995.
- 85 Hannah Vogt: Georg Diederichs, Hannover 1978; Wolfgang Renzsch: Alfred Kubel. 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biografie, Bonn 1985.
- 86 Hartmut Soell: Fritz Erler. Eine politische Biografie, Hannover 1976.
- 87 David E. Barclay: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000.
- 88 Günther Högl: Fritz Henßler. Ein Leben für Freiheit und Demokratie 1886–1953, Dortmund 1986.
- 89 Annette Schütze: Martha Fuchs. Zur Erinnerung an eine außergewöhnliche Frau und Sozialdemokratin, Bonn 1992.
- 90 Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.
- 91 Hinweise zu diesem Abschnitt verdanke ich Friedhelm Boll, dessen Abhandlung „Reden oder Schweigen“ mit Lebensberichten von Verfolgten des Nationalsozialismus und des Stalinismus im Jahre 2001 erscheint.
- 92 Ein anschauliches Beispiel liefert über die SAP-Zusammenhänge: Helga Grebing (Hg.): Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biografien deutscher Sozialisten 1945–1949, Stuttgart 1983; vgl. darüber hinaus auch: Dies. (Hg.): Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948, München 1984.
- 93 Susanne Miller: Die Behandlung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945, in: Bernd Faulenbach (Hg.): Susanne Miller. Sozialdemokratie als Lebens Sinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD, Bonn 1985, S. 282–296, hier S. 287.
- 94 Hermann Brill: Gegen den Strom, Offenbach 1946; Benedikt Kautsky: Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern, Wien 1961; Jeanette Wolff, 1947; zu Hermann Brill, vgl: Manfred Overesch, Hermann Brill.

- 95 Constantin Goschler: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954), München 1992, S. 205.
- 96 Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Erste Zusammenstellung ermordeter, hingerichteter oder zu Freiheitsstrafen verurteilter Gegner des Nationalsozialismus, London 1946, hg. vom Vorstand der SPD. Die Dokumentation umfaßt alle linken Parteien und Gruppen und sonstige oppositionelle Gruppierungen.
- 97 Die Tatsache, daß die Archive im ehemaligen Ostblock lange Jahre sozialdemokratischen Forschern verschlossen blieben, behinderte ein solches Vorhaben. Auch hätten die ehemaligen Angehörigen der verschiedenen Kleingruppen wie der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der linkssozialistischen Parteien („Neu Beginnen“, ISK, SAP) und der Kommunisten im Austausch der ihnen vorliegenden Materialien gemeinsam agieren müssen. Dies wurde erst in den 1990er Jahren ansatzweise möglich.
- 98 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 27.
- 99 Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd. 1, 1946–1948, hg. und bearbeitet von Willy Albrecht, Bonn 1999, S. 367 und 369.
- 100 Siehe dazu: Frank Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, S. 80ff.
- 101 Vgl. dazu detailliert: Werner Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: SBZ-Handbuch, hg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 1993, S. 460–480; Beatrix W. Bouvier: Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der SBZ 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: Archiv für Sozialgeschichte, XVI (1976), S. 417–468.
- 102 Ein vergleichbarer Vorwurf, der von der Forschung als unhaltbar bezeichnet worden ist, wurde gegen Kurt Schumacher erhoben, der nie darauf antwortete (siehe Peter Merseburger, Kurt Schumacher, S. 190).
- 103 Peter Erler stellte seine Rechercheergebnisse zu diesem Fall zur Verfügung. Er erreichte Karl Heinrichs Rehabilitation bei der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation. Eine Broschüre des SPD-Vorstandes aus dem Jahre 1947 ist längst in Vergessenheit geraten, dokumentiert jedoch das Bemühen Kurt Schumachers um Aufklärung: Vorstand der SPD (Hg.): Polizeimajor Karl Heinrich. Der verschwendene Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Hannover 1947 (Sopade-Informationsdienst Nr. 3); zum Lager Hohenschönhausen, vgl.: Peter Erler: Das Speziallager Nr. 3 in Hohenschönhausen, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Studien und Berichte, hg. von Alexander von Plato, Berlin 1998, S. 318–330.
- 104 Peter Erler: Berliner Sozialdemokraten und die Internierungspraxis des NKWD/MWD in der Nachkriegszeit, in: Klaus Schröder (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 71–84.
- 105 Gustav Dahrendorf: Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone, in: Ders.: Der Mensch, das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945–1954, Hamburg 1955.
- 106 Siehe dazu: Harold Hurwitz: Die Anfänge des Widerstands, 2 Bde., Köln 1990; Ditmar Stafelt: Der Wiederaufbau der Berliner Sozialdemokratie 1945/56 und die Einheitsfrage, Frankfurt/M. 1986.
- 107 Manfred Rexin: Die SPD in Ost-Berlin von 1946 bis 1961, Berlin 1989; Siegfried Heimann: Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945–1961, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 1648–1688.
- 108 Angaben nach Siegfried Heimann, SPD in Ost-Berlin, S. 1649.
- 109 Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996, S. 62–68; Siegfried Heimann, SPD in Ost-Berlin.
- 110 Gerda Meyer-Eberhard: Rudolf Eberhard. Ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister unter der Diktatur, Magdeburg 1996; vgl. dazu auch: Beatrix Bouvier: Der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ und andere ideologische Begründungen für politische Verfolgung in der SBZ/DDR bis in die Mitte der fünfziger Jahre, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. VIII/1: Das geteilte Deutschland im geteilten Europa, Baden-Baden 1999, S. 889–943, hier S. 910f.
- 111 Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.
- 112 Harold Hurwitz: Wie die SPD-Basis die Zwangsvereinigung erlebte. Beispiele aus den Ländern der SBZ, in: Deutschland Archiv 23 (1990), FI. 9, S. 1439–1442.
- 113 Zu den Auseinandersetzungen in der SED mit Sozialdemokraten und den Parteiüberprüfungen, vgl.: Kapitel 2 und 3 bei Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet, S. 69–153; Andreas Malycha, SED, 2000.
- 114 Beatrix Bouvier, „Sozialdemokratismus“, S. 891.
- 115 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1985, Bonn 1986, 4. Aufl.; Ulrich Mählert: Kleine Geschichte der DDR, München 1998.
- 116 Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Studien und Berichte, hg. von Alexander von Plato, Berlin 1998, darin: Beiträge zu den Speziallagern Mühlberg (1945–1948), Buchenwald (1945–1950), Hohenschönhausen (1945/46), Bautzen (1945–1950), Ketschendorf, Jamlitz, Wernauchen/Weesow, Sachsenhausen (1945–1950), Torgau (1945–1948), Fünfeichen, Frankfurt an der Oder, Berlin-Lichtenberg und Strelitz mit einem Ausblick auf die Waldheimer Prozesse 1950; Ralf Possek: Strukturelle Grausamkeit. Die sowjetische Internierungspolitik in Deutschland als Produkt sowjetischer Herrschaftspraktiken 1945–1950, in: Klaus-Dieter Müller u.a. (Hg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956, Köln 1998, S. 225–254.
- 117 Wolfgang Buschfort: Gefoltert und geschlagen, in: Dieter Rieke (Hg.): Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur, Bonn 1994, S. 27–30.
- 118 Hingegen spricht Buschfort davon, daß Sowjetische Militärtribunale erst ab 1948 Urteile gegen Sozialdemokraten fällten; zu den Militärtribunalen vgl.: Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968, Köln 1979, S. 104ff.
- 119 Christl Wickert: Bernhard Pfaffensteller – Opfer des NKWD, in: AvS-Informationsdienst 20 (1999), H. 1, S. 11/12.
- 120 Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet, S. 194 nach Neues Deutschland vom 17.1.1950.
- 121 Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet, S. 195, Anm. 129; Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, S. 205ff.
- 122 Nils Klawitter: „Die Deutsche Demokratische Republik schlägt zu“ – Die Steuerung der Justiz und die Inszenierung von Schauprozessen in der SBZ/DDR 1948–1950, dargestellt am Beispiel der Verfahren gegen die „Textilschieber“ von Glauchau-Meerane und die „Wirtschaftssaboteure“ der Deutschen Continental-Gas-AG, Mag. TU Berlin 1996, Ms. 162 S. – Hintergrund der Ermittlungen und Verurteilungen waren wirtschaftliche Engpässe in der Hochburg der Textilindustrie. In Glauchau und Meerane waren zudem 1948 noch 80 Prozent der Unternehmen in Privatbesitz gewesen.
- 123 Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, S. 270ff.; Falko Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995; Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet, S. 182ff.
- 124 Falko Werkentin, Politische Strafjustiz, S. 857f.
- 125 Vgl. ausführlich dazu: Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet, S. 185–193; André Gursky: Die Vorgeschichte des Dessauer Prozesses, Magdeburg 2000; Willi Brundert: Spiegelbild deutschen Schicksals. Ein Lebensweg, Hannover 1964.
- 126 Stefan Wolle: „Agenten, Saboteure, Verräter ...“ Die Kampagne der SED-Führung gegen den Sozialdemokratismus, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle: Der Tag X –

17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/53, Berlin 1995, S. 243-277.
- 127 Tobias Dürr: Schmölln: Die rote Knopfstadt, in: Walter/Dürr/Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen, S. 287-478, hier S. 456.
- 128 Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Görlitz, Dresden 1998.
- 129 Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet, S. 305ff.
- 130 Siehe dazu auch: Beatrix Bouvier: Sozialdemokratische Schicksale: Der Parteiangestellte und der Arbeiter, in: Friedhelm Boll, Verfolgung und Lebensgeschichte, S. 191-212, hier S. 192.
- 131 Zur Entlassungen werden vorgeschlagen ... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, Berlin 1991.
- 132 So lernte der Bauarbeiter Karl-Heinz Pähling aus dem Kreis Potsdam, der als Streikführer verurteilt worden war, im Zuchthaus Brandenburg Willi Brundert kennen und wurde durch ihn für sozialdemokratische Überzeugungen gewonnen. Diese konnte er jedoch erst 1989 politisch umsetzen; er gehörte zu den Mitbegründern des Neuen Forums und der SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR).
- 133 Zeitzeugeninterviews im Rahmen des Projektes, z.B. mit Axel Bütow und Hermann Kreuzer, Söhne von Kurt Bütow und Paul Kreuzer, die z.B. vom „Konzentrationslager Bautzen“ sprechen. Ich danke Friedhelm Boll für die Hinweise, die aus seinem demnächst erscheinenden Buch „Reden oder Schweigen“ resultieren.
- 134 In Memoriam Otto Marr, in: Vorwärts, März 1997, S. 32/33 (SPD Sachsen).
- 135 Kurt Grabe: Vier Stationen in Rot, St. Michael 1982.
- 136 Karl Wilhelm Fricke: Selbstbehauptung und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1964, S. 42.
- 137 Zur Praxis des Freikaufs über das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, ab 1966 für innerdeutsche Beziehungen, mit der ehemals in der SBZ verfolgte Sozialdemokraten befaßt waren, habe ich bereits an anderer Stelle kritisch Stellung genommen, siehe: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 33 (1997), H. 4, S. 598.
- 138 Dieter Rieke: Geliebtes Leben. Erlebtes und Ertragenes zwischen den Mahlsteinen jüngster Geschichte, Berlin 1999; Ders. (Hg.): Sozialdemokraten im Kampf gegen die rote Diktatur unter Stalin und Ulbricht, Bonn 1990.
- 139 Siegfried Berger: „Ich nehme das Urteil nicht an“ – Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal, Berlin 1998 (Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 8)
- 140 Peter Bordihn: Bittere Jahre am Polarkreis. Als Sozialdemokrat in Stalins Lagern, Berlin 1990.
- 141 Wolfgang Kockrow: „Nicht schuldig!“ Der Versuch einer Aufarbeitung von 5 ½ Jahren Zuchthaus in der DDR, Berlin 1999. (Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 11)
- 142 Adrian Foitzik: „... Vielleicht hatte ich ein dickes Fell“. Günther Schlierf klebte SPD-Plakate / Urteil 25 Jahre Arbeitslager, in: Claudia Schute (Hg.): Schicksal Bautzen. Politische Häftlinge der SBZ/DDR erzählen, St. Augustin 1999.
- 143 Der SPD-Parteivorstand beantragte 1998 und 1999 500 Rehabilitierungen für verurteilte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die inzwischen verstorben sind. Diesen Anträgen wurde bis April 2000 entsprochen. Vgl. dazu auch: Günther Wagenlehner: Die russischen Bemühungen um die Rehabilitierung der 1941–1956 verfolgten deutschen Staatsbürger. Dokumentation und Wegweiser, Bonn 1999 (Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, H. 29); Leonid Pawlowitsch Kopalin: Die Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer politischer Verfolgung, Bonn 1995 (Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, H. 10).